

**SCHATTENDORF 1927**  
**Demokratie am Wendepunkt**



WISSENSCHAFTLICHE ARBEITEN AUS DEM BURGENLAND  
(WAB)

Band 119

**Konsens und Konflikt**  
**Schattendorf 1927 – Demokratie am Wendepunkt**

Begleitband zur Ausstellung

Eisenstadt, 2007

## Vorwort

*Kulturlandesrat Helmut Bieler* . . . . . 4

**Einleitung** . . . . . 5

*Pia Bayer*

### **Konsens und Konflikt**

■ Burgenländische Landespolitik 1922–1927 . . . . . 6

*Dieter Szorger*

### **Demokratie am Wendepunkt**

■ Die Wehrverbände . . . . . 12

■ Der Republikanische Schutzbund . . . . . 16

■ Die Frontkämpferevereinigung . . . . . 22

■ Die Heimwehrebewegung . . . . . 27

*Pia Bayer, Dieter Szorger*

### **Schattendorf 1927**

■ Schattendorf am Vorabend des 30. Jänner 1927 . . . . . 30

■ Das Ereignis von Schattendorf und die politischen Folgen . . . . . 32

*Pia Bayer, Dieter Szorger*

### **Biografien**

■ Josef Grössing . . . . . 47

■ Matthias Csmarits . . . . . 48

■ Josef Tscharmann . . . . . 49

■ Hieronymus Tscharmann . . . . . 51

■ Johann Pinter . . . . . 52

**Zeittafel 1921–1927** . . . . . 54

**Literaturverzeichnis** . . . . . 56

**Danksagung** . . . . . 58

## *Sehr geehrte Damen und Herren!*

Die „Schüsse von Schattendorf“ stehen in der burgenländischen und österreichischen Geschichte für den Beginn des Scheiterns eines erst jungen Demokratisierungsprozesses in der Ersten Republik. Die triste wirtschaftliche Lage führte zu einer Radikalisierung und in weiterer Folge auch Militarisierung der politischen Lager. Am Ende dieser Entwicklung standen zwei aufeinanderfolgende diktatorische Regime, die der jungen Demokratie in Österreich ein jähes Ende setzten.

Das Ereignis von Schattendorf und der Brand des Justizpalastes symbolisieren heute noch die vermehrte Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft durch paramilitärische Verbände und eine gewaltsame Auseinandersetzung von poli-

tischen Kontrahenten, die dann im Bürgerkrieg des Jahres 1934 gipfelten.

Wenn wir heute, 80 Jahre nach den „Schüssen von Schattendorf“, der Opfer von damals gedenken, rufen wir uns nicht nur die Vorgänge in der Ersten Republik in Erinnerung, sondern wollen auch jene positive politische Entwicklung sehen, die unser Land nach 1945 stark gemacht hat: Ein Miteinander der Parteien nach demokratischen Grundsätzen, den Aufbau eines sozialen Netzes sowie die Austragung unterschiedlicher Standpunkte im Dialog.

Die Ereignisse von Schattendorf sollen uns daher stets als mahnendes Beispiel dienen, dass Toleranz, Gesprächsbereitschaft und das Akzeptieren anderer Meinungen Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft sein müssen.

***Helmut Bieler***  
***Kulturlandesrat***

Das tragische Ereignis von Schattendorf vom 30. Jänner 1927 leitete indirekt jene Radikalisierung der österreichischen Innenpolitik ein, an deren Ende die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie und die Auflösung der Parteien standen.

Im Burgenländischen Landtag herrschte zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen darüber Konsens, keine Wehrformationen zu gründen. Konflikte sollten in Worten und nicht mit Waffen ausgetragen werden. Diese Vereinbarung hielt bis 1925/26 als die Frontkämpfervereinigung damit begann, in den Bezirken Eisenstadt, Mattersburg und Oberpullendorf Ortsgruppen zu gründen. Dem folgte der planmäßige Aufbau des Republikanischen Schutzbundes. Reibereien und erste Schlägereien dieser

„Privatarmeen“ blieben nicht aus. Die Konflikte wurden zahlreicher und heftiger und erreichten ihren ersten tragischen Höhepunkt am 30. Jänner 1927 in Schattendorf, als bei einer Auseinandersetzung zwischen Frontkämpfern und Schutzbündlern auf sozialdemokratischer Seite der Klingenbacher Schutzbündler Matthias Csmarits und der sechsjährige Josef Grössing erschossen wurden.

Als ein Geschworenengericht die vermeintlichen Todesschützen am 14. Juli 1927 freisprach, kam es in Wien zu heftigen Massendemonstrationen und am 15. Juli zum Justizpalastbrand. Die blutigen Ausschreitungen forderten letztendlich 89 Tote und über 600 Verletzte.

Österreich stand am Rande eines Bürgerkrieges.

*„Ernster Wille, Schaffensfreude und Begeisterung für das öffentliche Wohl wirken zu wollen, sind die Voraussetzungen für eine gedeihliche Zusammenarbeit. Das burgenländische Volk muß auch zur Erkenntnis gelangen, daß politische Gegnerschaft nicht Feindschaft bedeutet, daß wir trotz gegensätzlicher Anschauungen nebeneinander leben müssen und daß dieses Leben für uns alle nur dann erträglich wird, wenn jeder die Rechte seines Mitmenschen achtet, wenn niemand in der Ausübung seiner Rechte gestört und wenn auch bei Meinungsverschiedenheiten ein mittlerer Weg gefunden wird, der auch für den politischen Gegner gangbar ist.“*

(aus der Antrittsrede von Landeshauptmann Josef Rauhofer am 4.1.1924,  
Stenographisches Protokoll)

# BURGENLÄNDISCHE LANDESPOLITIK 1922–1927

Am 1. Jänner 1922 fand die Landwerdung des Burgenlandes mit der Übergabe des Ödenburger Abstimmungsgebietes an Ungarn (bis auf kleine Grenzkorrekturen) ihren Abschluss. Am 18. Juni 1922 erfolgte die erste Landtagswahl im Burgenland und diese brachte einige Überraschungen: Die Sozialdemokraten erreichten 38,1% der Stimmen und wurden damit stärkste Fraktion im Landtag, während die Christlichsozialen mit 31,2% nur den zweiten Platz errangen. Der Sieg der Sozialdemokraten war genauso überraschend wie das gute Abschneiden des Burgenländischen Bauernbundes, der mit 17,1% deutlich die Großdeutsche Volkspartei mit 12,8% überflügelte. Umgemünzt auf die Mandatsverteilung bedeutete dies 13 Mandate für die So-

zialdemokraten, 10 für die Christlichsozialen, 6 für den Bauernbund und 4 Mandate für die Großdeutsche Volkspartei.

Die ersten Wahlen im Burgenland spiegelten deutlich die politische Struktur des Landes wider: Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei rekrutierte den Großteil ihrer Wähler aus den Wanderarbeiterorten des nördlichen Burgenlandes. Darüber hinaus war es ihr gelungen, auch viele Landarbeiter der Gutshöfe, Kleinbauern und Kleinpächter, die wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht besser gestellt waren als die Arbeiter, für sich zu gewinnen.

Das mittlere Burgenland (Bezirk Oberpullendorf) teilte sich in zwei politische Landschaften – in die sozialdemokratischen Dörfer des nördlichen Stobtales und des Beckens von Deutschkreutz – die

vorwiegend Wanderarbeiter bewohnten, sowie in den konservativen Süden und Westen des Bezirkes, wo vor allem bäuerliche Strukturen vorherrschten.

Die drei südlichen Bezirke waren überwiegend konservativ, wobei aber nicht die Christlichsoziale Partei, sondern der Bauernbund die stärkste Partei stellte.

Die Kroaten – rund 15% der burgenländischen Bevölkerung – wählten nicht einheitlich eine Partei, sondern waren in zwei Lager gespalten: Während jene des mittleren und südlichen Burgenlandes dem christlichsozialen Lager angehörten, hatten sich ihre nördlichen Volksgenossen der Sozialdemokratie angeschlossen.

Während es auf Bundesebene Dr. Ignaz Seipel gelungen war, eine Koalition von Christlichsozialen und Großdeutschen zu bilden (im Mai 1922 und damit am Höhepunkt des burgenländischen Wahlkampfes), gelang es dem sozialdemokratischen Parteiführer Ludwig Leser, im Burgenland eine bürgerliche Koalition zu verhindern. Am 19. Juli 1922 konstituierte sich die erste Regierung des Burgenlandes als Konzentrationsregierung. Landeshauptmann wurde der parteiunabhängige bisherige Landesverwalter Dr. Alfred Rausnitz.

Zu den heikelsten Problemen, die es umgehend zu lösen galt, zählte die Schulfrage.

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



*Die erste burgenländische Landesregierung (1922-1923)*

*Stehend (von links nach rechts): LR Viktor Voit (BBd), er folgte am 30.1.1923  
LR Gustav Walter, LR Dr. Alfred Walheim (GdP), LAD Dr. Hugo Reissig, LR Alfred Ratz  
(CsP), LR Ernst Hoffenreich (SdP). Sitzend (von links nach rechts): LH-Stv. Franz  
Stesgal (CsP), LH Dr. Alfred Rausnitz (parteilos), LH-Stv. Ludwig Leser (SdP).*

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



*Die erste burgenländische Landtagssitzung in einem Vortragsaal der heutigen Martinskaserne, 15. Juli 1922.*

Im Unterschied zu Österreich, wo seit dem Reichsvolksschulgesetz von 1867 der Staat für die Schule verantwortlich war und im Wesentlichen deren Lerninhalte bestimmte, standen die Schulen in Ungarn bis auf geringe Ausnahmen unter der Aufsicht der Kirche, insbesondere unter jener der katholischen. Diese Zustände waren für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei sowohl ideologisch als auch machtpolitisch unerträglich – das „klerikale Monopol“ auf Bildung sollte ein für alle mal gebrochen werden. Der „Angriff“ auf das Schulgesetz erfolgte aber nicht von sozialdemokratischer Seite selbst, sondern wurde vom Schulreferenten und großdeutschen Abgeordneten Dr. Alfred Walheim eingebracht. Der Antrag wurde auch von den Bauernbündlern unterstützt. Mit dieser Mehrheit gelang es, die Christlichsoziale Partei zu überstimmen, allerdings wurde das Gesetz auf Bundesebene blockiert. Nur das Schulpflichtgesetz, in dem die bisherige sechsjährige Schulpflicht auf acht Jahre verlän-

gert wurde, konnte im Juli 1923 durchgebracht werden. Der Schulstreit blieb nach wie vor brisant und war indirekt auch die Ursache für den Sturz des Landeshauptmannes Rausnitz, der in dieser Angelegenheit immer mehr zur Christlichsozialen Partei tendierte. Zum unmittelbaren Anlass für den Sturz von Rausnitz wurde seine Haltung in der Landeshauptstadtfrage, in der sich dieser für das „Wiener Neustadt Projekt“ exponierte. Dieses sah vor, die alte Theresianische Akademie aus der übrigen Stadt herauszulösen und zum burgenländischen Regierungssitz zu machen – ein Plan, den man Rausnitz ankreidete.

Um einem Misstrauensantrag zu entgehen, demissionierte Rausnitz selbst am 14. Juli 1923. Dieser Rücktritt erfolgte in der gleichen Landtagssitzung, in der die politischen Parteien die Übereinkunft geschlossen hatten, keine privaten Wehrformationen aufzustellen bzw. solche zu unterstützen. Noch am selben Tag wurde Dr. Alfred Walheim zum neuen Landes-

hauptmann gewählt. Die dadurch freigewordene Landesratstelle, die proporzmäßig den Sozialdemokraten zufiel, wurde von Ignaz Till besetzt. Die neue Stärke der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei kam de facto kaum mehr zum Tragen, da das ganze Jahr 1923 von einem scharfen Wahlkampf – zuerst Gemeinderatswahlen (25. März), dann Nationalrats- und Landtagswahlen (21. Oktober) – erfüllt war.

Die Landtagswahlen mit einer erschreckend niedrigen Wahlbeteiligung von nur 70% brachten für die Sozialdemokraten, mit einem Verlust von 3.000 Stimmen, eine große Enttäuschung. Die geringe Wahlbeteiligung hatte eine ihrer Ursachen in der Wahlmüdigkeit, die sich besonders bei den Wanderarbeitern, die fast ausschließlich sozialdemokratische Wähler waren, auswirkte.

Der Christlichsozialen Partei hingegen gelang es, über 5.000 Stimmen dazu zu gewinnen, und darüber hinaus den Ruf einer „Magyaronenpartei“ loszuwerden.

Die Großdeutsche Partei musste die schwersten Verluste hinnehmen, sie verlor 80% ihrer Stimmen.

Nach langen Verhandlungen kam es Ende 1923 zum Abschluss eines rot-schwarzen Koalitionsabkommens und am 4. Jänner 1924 schließlich zur Konstituierung des neuen Landtages und zur Wahl der neuen Regierung. Zum Landeshauptmann wurde der Christlichsoziale Josef Rauhofer gewählt.

Der Beginn der Ära Rauhofer verlief überraschend ruhig und politisch ausgeglichen. Die beiden Regierungsparteien hatten in ihren Koalitionsvereinbarungen festge-

legt, ihre radikalen und dem Partner unangenehmen Forderungen beiseite zu lassen oder nur gemeinsam zu lösen. Zur ersten Bewährungsprobe der großen Koalition wurde wiederum die Schulfrage. Der überraschend schnelle Kompromiss in dieser Angelegenheit hatte seinen Grund vor allem in der Tatsache, dass beide Parteien massive parteiinterne Probleme – in erster Linie Flügelkämpfe und interner Widerstand gegen die Koalition – zu lösen hatten und sich einen Bruch der Koalition nicht leisten konnten. Im Frühjahr 1925 erlitt die Koalition einen schweren Rückschlag: Landeshauptmann Rauhofer sah sich außer Stande, seine Partei weiter zu führen und kapitulierte. Er nahm die Landeshauptstadtfrage zum Anlass, am 30. April 1925 überraschend zurückzutreten. An diesem Tag entschied der Landtag, aus den drei in die engere Auswahl kommenden Orten Eisenstadt, Sauerbrunn und Pinkafeld ersteren zum „Sitz der Landesregierung“ zu wählen – Rauhofer hatte sich für Sauerbrunn eingesetzt und hielt das „Eisenstädter Projekt“ für finanziell nicht durchführbar.

Die Demission Rauhofers führte zu einer schweren politischen Krise, die sich bis Dezember 1925 hinzog („Lesers Interregnum“ kontra der Versuch einer Christlichsozialen-Landbund-Koalition). Erst dann kam es wieder nach längeren Parteienverhandlungen zu einer Konzentration aller drei Parteien des burgenländischen Landtages. Der neuen Regierung standen erneut Rauhofer und als sein Stellvertreter Leser vor. Die folgenden Monate verliefen ruhig und konstruktiv, die gespannte Atmosphäre

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



*„Eisenstadt muss Hauptstadt werden!“ Bereits im Jahre 1923 fand hinsichtlich der Landeshauptstadtfrage ein Demonstrationzug in Eisenstadt statt, 3. Juli 1923.*

bei den Landtagsdebatten war einem sachlichen Ton gewichen und auch die Parteipresse gab sich moderat. Dieses friedliche Bild der burgenländischen Politik wurde allerdings durch die so genannte Mandats- aberkennungsaﬀäre Walheim und Voit getrübt, im Zuge derer die Christlichsozialen und Bauernbündler aneinander gerieten. Es kam wieder zu einer politischen Krise, bis die Bauernbündler im April 1926 in Opposition gingen.

Wenige Monate später begann der Wahlkampf für die am 24. April 1927 stattfindenden Landtags- und Nationalratswahlen. Diese sollten, so hofften die beiden großen Parteien, eindeutige Mehrheiten bringen.

Bei den Gemeinderatswahlen am 20. März 1927, die sich durch eine erhöhte Wahlberechtigung und eine starke Wahlbeteiligung auszeichneten, gelang es sowohl den Sozialdemokraten als auch den Christlichsozialen, im Vergleich zu den Gemeinderatswahlen 1923 beträchtliche Stimmen zu gewinnen.

Was den Wahlkampf für die Landtags- und Nationalratswahlen betraf, so hatten die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen in Hinblick auf die Ereignisse von Schattendorf ein Übereinkommen getroffen: „die Parteien verpflichten sich, den Wahlkampf mit sachlichen Argumenten zu führen und auf ihre Angehörigen nachdrücklich einzuwirken, daß jede Störung der gegnerischen Agitation mit gewaltsamen Mitteln unterbleibe. Insbesondere verpflichten sich die unterfertigten Parteienvertreter, ihre Parteiangehörigen von Störungen und Sprengungen der Versammlungen abzuhalten.“ (Eisenstadt, am 7. März 1927, unterzeichnet von Ludwig Leser und Johann Thullner, Burgenländische Heimat, 11.3.1927)

Wie im übrigen Bundesgebiet bemühte sich die Christlichsoziale Partei im Wahlkampf auch im Burgenland, eine Einheitsliste aller bürgerlichen Parteien aufzustellen. Während das christlichsoziale Werben um den Landbund wieder einmal fehlschlug,

gelang mit den Großdeutschen und der Kroatenpartei eine Einigung auf eine Einheitsliste. Den beiden kleineren Parteien wurden entsprechende Mandate eingeräumt, so auch dem Führer der Kroatenpartei, Dr. Lorenz Karall, der sich bald an die Spitze der Christlichsozialen Partei emporarbeiten sollte.

Die Wahl ergab dann folgendes Resultat: Die Einheitsliste erhielt 42,38%, auf die Sozialdemokratische Arbeiterpartei entfielen 40,80% und der Landbund errang 16,66% der Stimmen. Für die Mandatsverteilung bedeutete dies: 14 für die Einheitsliste (3 für den NR), 13 für die Sozialdemokraten (3 für den NR) und 5 Mandate für den Landbund (1 für den NR). Damit hatten die beiden großen Parteien je ein Land-

tagsmandat gewonnen, die erhoffte Entscheidung aber war ausgeblieben.

Nach vierwöchigen Verhandlungen war das Ergebnis wieder ein Kompromiss: eine Konzentrationsregierung unter Landeshauptmann Josef Rauhofer. Sein Stellvertreter wurde erneut Ludwig Leser.



„Gleichenfeier“ des Landhauses,  
22. Oktober 1927.

Fotos: Burgenländisches Landesmuseum



*„Wir haben uns hier im Gespräch mit den führenden Herren der christlich-sozialen Partei wie auch des Landbundes immer auf dem Wege begeben, daß im Burgenland die Bewaffnung irgendeiner Formation etwas sehr schädliches ist, was man unterdrücken muß. Wir haben das nicht nur aus innerpolitischen Gründen ..., sondern auch aus außerpolitischen Gründen getan, weil wir finden, daß es direkt eine Gefährdung des Landes ist, wenn hier irgendwelche bewaffnete Gruppen errichtet werden. Die Waffen gehören in die Hand des Soldaten, Gendarmen oder Polizisten. Im politischen Kampfe sollen wir in diesem Grenzland den Grundsatz gelten lassen: die Waffen nieder.“*

(SdP-Landesrat Ernst Hoffenreich in der Landtagssitzung vom 14. Juli 1923, Stenographisches Protokoll)

## DIE WEHRVERBÄNDE

Der Ursprung der paramilitärischen Verbände liegt in der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg begründet. Als ehemalige Soldaten und entlassene Kriegsgefangene der geschlagenen k.u.k. Armee in ihre Heimat zurückkehren wollten, kam es immer wieder zu Plünderungen und Zwangsrequirierungen. Eine Zentralmacht vermochte den Landbewohnern „Deutschösterreichs“ nicht zu helfen und sie schritten zur Selbsthilfe. Spontan formierten sich Volksmilizen oder Heimatwehren. In Kärnten und der Steiermark wurden die Wehrformationen zur militärischen Abwehr der Gebietsansprüche Sloweniens eingesetzt. Dazu kam in der ländlichen Bevölkerung eine sich verstärkende Abneigung gegenüber dem sozialdemokratisch geführten „roten Wien“, die durch die revolutionären Strömungen in Europa, besonders in Bayern und Ungarn, noch ver-

stärkt wurde. Diese Heimatwehren bildeten den Kern der späteren Heimwehrebewegung.

Auch die Arbeiterbewegung schritt zur Selbsthilfe, indem sich in den Industrieorten so genannte Arbeiterwehren formierten, die den Schutz der Industriebetriebe und somit der Arbeitsplätze zum Ziel hatten. Bereits 1919 kam es in Neufeld als Reaktion auf die Zwangsmaßnahmen des Horthy-Regimes zur Gründung der ersten burgenländischen Arbeiterwehr. Ende August 1921, als im Zuge der ersten Landnahmen die österreichische Gendarmerie bei Agendorf in schwere Gefechte verwickelt wurde, war es die Neufelder Arbeiterwehr, die den Gendarmen zu Hilfe eilte. Als Wehrformation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei wurde im Jahr 1923 in Wien der Schutzbund gegründet. Dessen planmäßiger Aufbau im Burgenland begann im Jahr 1926.

Die SS bzw. SA der Nationalsozialisten und die Frontkämpfervereinigung Deutsch-österreichs sind die bedeutendsten Wehrformationen, die dem „Dritten Lager“ zuzurechnen sind. Während erstere im Burgenland in den Jahren vor 1927 kaum eine Rolle spielten, leitete die Gründung der Ortsgruppen der Frontkämpfervereinigung eine für das Burgenland und die Erste Republik verhängnisvolle Entwicklung ein.

Der von den burgenländischen Parteien in den Anfangsjahren der „Ersten Republik“ gemeinsam getragene Kurs des politischen Konsenses war ausschlaggebend dafür, dass es – anders als in den übrigen Bundesländern – vorerst nicht zur Gründung von „Privatarmeen“ der Parteien kam. Aus Rücksicht auf die bevorstehende Aufbauarbeit und mit Bedacht auf die sensible Situation im Bezug auf den auf Revision des Vertrages von St. Germain hoffenden ungarischen Nachbarn, einigten sich die im burgenländischen Landtag vertretenen Parteien im Zuge einer Landtagssitzung (14. Juli 1923), auf den Aufbau von Privatarmeen zu verzichten. Dieser Grundkonsens wurde von der Frontkämpfervereinigung 1925/26 verlassen. Auf die Gründung von Ortsgruppen in den Bezirken Eisenstadt und Mattersburg reagierte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei mit der Aufstellung des Republikanischen Schutzbundes. Als Reaktion auf die „Schüsse von Schattendorf“ und den Brand des Justizpa-

lastes stellte schließlich auch das bürgerliche Lager seine Wehrformation auf: die Heimwehr bzw. den „Heimatschutzverband Burgenland“.

Ende 1927 standen sich im Burgenland ca. 10.000 Heimwehler, 3.000 Schutzbündler und einige Hundert Frontkämpfer schwer bewaffnet gegenüber. Die politischen Konflikte verlagerten sich mehr und mehr auf die Straße, das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Demokratie sank und besonnene Politiker verloren zusehends an Einfluss. Die jeweiligen Positionen wurden immer gegensätzlicher und alle Parteien ließen den Willen zum Konsens zunehmend vermissen.

In einem Auszug aus dem Lagebericht des Bezirkshauptmannes von Mattersburg vom 1. November 1927 beschrieb dieser die politische Situation wie folgt:

*„Die allgemeine politische Lage im Bezirke ist unverändert, die Spannung zwischen den zwei politischen Parteien dauert naturgemäss fort. Es ist eine allgemeine Rüstung beider Parteien, bzw. Parteigarden wahrzunehmen, welcher Umstand früher oder später unbedingt zu einem katastrophalen Ende führen wird. An Sonn- und Feiertagen finden Aufmärsche statt, die weder der Oeffentlichkeit noch den Veranstaltern nützlich sind und vom Standpunkte der Sicherheit für das Volk eine unmittelbare Gefahr darstellen.“*

## Wehrverbände im Burgenland:

### Heimatschutzverband Burgenland:

327 Ortsgruppen, Landesverband in Mattersburg, Bezirksorganisationen in Neusiedl, Eisenstadt, Mattersburg

### Republikanischer Schutzbund:

61 Ortsgruppen, Landesorganisation in Eisenstadt, Bezirksorganisationen in Eisenstadt, Mattersburg, Neutal (für den Bezirk Oberpullendorf), Oberwart

### Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs:

23 Ortsgruppen, Landesleitung in Eisenstadt, vertreten nur in den Bezirken Eisenstadt, Mattersburg und Oberpullendorf

Ort	Heimatschutz	Schutzbund	Frontkämpfer
Antau	X	X	
Bad Sauerbrunn	X		
Baumgarten	X	X	
Draßburg	X	X	X
Forchtenstein	X		X
Hirm	X	X	
Krensdorf	X	X	X
Loipersbach	X	X	X
Marz	X		
Mattersburg	X	X	X
Neudörfel	X	X	
Neustift	X		
Pöttelsdorf	X		
Pöttsching		X	
Rohrbach	X	X	X
Schattendorf	X	X	X
Sieggraben	X		
Sigleß	X	X	X
Stöttera	X	X	X
Walbersdorf	X		X
Wiesen	X	X	X
Zemendorf	X		X

*Wehrformationen im Bezirk Mattersburg*

Quelle: BLA, Vereinsakten

<b>Ort</b>	<b>Heimatschutz</b>	<b>Schutzbund</b>	<b>Frontkämpfer</b>
Breitenbrunn	X		
Donnerskirchen	X		
Eisenstadt	X	X	X
Großhöflein	X	X	
Hornstein	X	X	
Kleinhöflein	X		
Klingenbach	X	X	
Leithaprodersdorf			
Loretto	X		
Mörbisch	X	X	
Müllendorf	X	X	
Neufeld	X	X	
Oggau	X	X	
Oslip	X		X
Purbach	X		
Rust	X		
St. Georgen	X		
St. Margarethen	X	X	X
Schützen a. G.	X		
Siegedorf	X	X	
Steinbrunn	X	X	
Stotzing	X		
Trausdorf	X	X	X
Wimpassing	X		
Wulkaprodersdorf	X		
Zagersdorf	X	X	X
Zillingtal	X	X	

Wehrformationen im Bezirk Eisenstadt

Quelle: BLA, Vereinsakten

*„Die burgenländische Sozialdemokratie hat den Knüppel als politisches Argument bisher abgelehnt. Wer aber glaubt, daß sie ruhig zuschauen wird, wie andere Prügelgarden organisieren, um auf sie loszustürzen, der irrt ... Wir werden den Frontkämpfern unseren Republikanischen Schutzbund auch im Burgenland entgegenstellen.“*

(Burgenländische Freiheit, 21. Mai 1926)

# DER REPUBLIKANISCHE SCHUTZBUND

Die Gründung des Republikanischen Schutzbundes, der „Parteiarmee“ der Sozialdemokratischen Partei, erfolgte am 19. Februar 1923. Zur eigentlichen Geburtsstunde wurde aber bereits der Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SDAP) von 1922. Kurz nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierungsverantwortung und dem Verlust der Macht und damit des Einflusses auf Exekutive und Volkswehr sah man in der Gründung des Schutzbundes die einzige Möglichkeit, die Interessen der Sozialdemokratie zu schützen. Mit Dr. Julius Deutsch stand nicht nur ein guter Organisator an der Spitze, Deutsch war auch der erste Heeresstaatssekretär der Ersten Republik gewesen.

Der Schutzbund entstand aus der Tradition der Arbeiterwehren und war als Gegenpol zu den Wehrformationen der „Rechten“ konzipiert. Die Arbeiterwehren hatten bereits bei den Kämpfen um das Burgenland eine wichtige Rolle gespielt

und die Gendarmerie in ihrem Kampf gegen die ungarischen Freischärler unterstützt. Der Schutzbund verfügte über ein beachtliches Waffenarsenal. Zahlenmäßig war die Organisation in Wien sowie in den Industriegebieten Oberösterreichs, Niederösterreichs, Kärntens und der Steiermark am stärksten.

Ein erstes Auftreten des Schutzbundes im Burgenland erfolgte am 10. Juli 1925, am sozialdemokratischen Ordnerntag in Eisenstadt. Daran nahmen Schutzbundeeinheiten aus Niederösterreich teil. Die Veranstaltung wurde zur Machtdemonstration. Neben einer politischen Kundgebung standen ursprünglich auch militärische Geländeübungen im Leithagebirge am Plan. Diese wurden allerdings nach Protesten der Christlichsozialen Partei abgesagt.

1925/26 begann die monarchistische Frontkämpferversammlung, vermehrt Ortsgruppen zu gründen, was die SDAP als Af-front wertete. Zunehmend kam es zu Aus-

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



*Sozialdemokratischer Ordnertag in Eisenstadt, 10. Juli 1925.*

einandersetzungen, die von Frontkämpfern provoziert wurden. Als Reaktion darauf begann die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bis Jahresmitte 1926, erste Schutzbundsgruppen zu gründen – zu Beginn in den „roten Hochburgen“ Neufeld und Steinbrunn. Bis zu diesem Zeitpunkt fühlte man sich an ein Parteiabkommen mit der

Christlichsozialen Partei, das den Verzicht auf Wehrverbände vorsah, gebunden. Auf dieses „Wettrüsten“ der beiden Waffenverbände musste schließlich auch das bürgerliche Lager reagieren. Nur wenige Monate nach dem Schutzbund begann die Aufstellung der Heimwehr, die im Burgenland die Bezeichnung „Heimatschutz“ führte.

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



*Schutzbundaufmarsch in Eisenstadt, (ohne Jahresangabe).*

Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Vereinsakte



## Satzungen des Republikanischen Schutzbundes.

### § 1.

Die Vereinigung führt den Namen: Republikanischer Schutzbund.

### § 2.

Der Sitz der Vereinigung ist Wien. Sie erstreckt ihren Wirkungskreis auf das Gebiet der Republik Österreich.

### § 3.

Zweck der Vereinigung ist, die Kräfte aller republikanisch gesinnten deutschösterreichischen Staatsbürger zusammenzufassen, um nachstehenden Programmpunkten Geltung zu verschaffen:

1. Sicherung der republikanischen Staatsverfassung;
2. Schutz von Personen und Eigentum jener Vereinigungen, welche auf dem Boden der republikanischen Staatsordnung stehen;
3. die Unterstützung der bestehenden Sicherheitsorganisationen bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Abwehr einer jeden gewaltjamen Störung oder eines Putsches;
4. Eingreifen bei Elementarereignissen;
5. Mitwirkung und Unterstützung der zur Sicherung von Veranstaltungen und Kundgebungen republikanischer Organisationen berufenen Faktoren.

Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Zeitgeschichtliche Sammlung – Parteiarchiv SDAP

## Republikanischer Schutzbund Österreichs.

### Erklärung.

Ich erkläre mit Wort und Unterschrift, daß ich dem Republikanischen Schutzbund aus freiem Willen angehöre,

um die republikanische Verfassung und die Demokratie zu schützen, die Errungenschaften der Revolution zu hüten und die politische und gewerkschaftliche Unabhängigkeit der österreichischen Arbeiterschaft vor den Angriffen der Reaktion zu bewahren.

Ich verpflichte mich mit Handschlag,

alle Pflichten eines Mitgliedes des Republikanischen Schutzbundes in Treue und mit Eifer zu erfüllen,

die Anordnungen der Führer des Schutzbundes jederzeit gewissenhaft zu befolgen und immer und überall die Interessen der Republik, der Demokratie und der sozialdemokratischen Partei zu verfechten.

Mit dieser Erklärung gelobe ich in allen Kämpfen welcher Art immer mit Aufopferung und Zähigkeit auszuhalten.

Diese feierliche Erklärung besiegle ich hiemit mit meiner Unterschrift:

Name: Reitzgruber Josef

Adresse: Ritzing 249

\_\_\_\_\_ , am 26/12 1927

144821

#### *Beitrittserklärung*

Anfangs war es Strategie der SDAP, auf gemeldete Veranstaltungen der Frontkämpfer durch das Anmelden von Gegenveranstaltungen der Partei zu reagieren. Um offene

Konflikte der beiden Gruppen zu verhindern, sah sich die Bezirkshauptmannschaft oftmals dazu gezwungen, beide Veranstaltungen behördlich zu untersagen. In Schat-

Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Zeitgeschichtliche Sammlung – Parteiarchiv SDAP

**Arbeiter! Angestellte! Beamte!**

Das reaktionäre Bürgertum, seine bewaffneten Verbände, die **Heimwehren, Frontkämpfer, Deutschen Wehrturner, Hakenkreuzler** und die ganze bürgerliche Preßmeute haben eine wüste Hetze gegen den **Parlamentarismus** begonnen. Das ist das sicherste **Putsch** nicht Zeichen, daß sie selbst vor einem **zurückschrecken!** Seid auf der Hut! **Die Republik und die Demokratie** sind in Gefahr!

Die Ereignisse im Burgenland sprechen eine deutliche Sprache! Die Opfer von Schattendorf, Mödling, Spillern und Wien sollen nicht vergebens gefallen sein.

**Schützt die Republik!**  
Ihr schützt euch und eure Kinder.

**Werdet Ordner!** Wer nicht als Ordner Dienst leisten kann, werde unterstützendes Mitglied des **Republikanischen Schutzbundes.**

Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei melden sich in den Sekretariaten oder bei den Vertrauensmännern der Partei an.

Verlag u. für den Inhalt verantwortlich: Karl Heinz, Wien V, Rechte Wienzelle 97.  
Druck: „Vorwärts“, Wien V. – 6824/27

---

**Beitrittserklärung.**

Name: .....

Adresse (Wohnung u. Betrieb): .....

Organisation: pol. (seit wann?) .....

## *Aufforderung zum Ordnerdienst*

tendorf verließ man am 30. Jänner 1927 diesen Weg und verzichtete darauf, die Gegenveranstaltung behördlich zu melden.

Jenseits der Grenze, in Ungarn, beobachtete man das Aufrüsten im Burgenland mit einem wachsamen Auge. Besonders im Er-

starken des „linken“ Schutzbundes sah man eine ernste Gefahr für die eigene Sicherheit. Man konnte sich schließlich auf ein Aufrüstungsverbot aus dem Friedensvertrag von St. Germain beziehen. Ungarische Zeitungen äußerten sich sehr kritisch gegenüber den –

aus ihrer Sicht vom Schutzbund provoziert – Auseinandersetzungen im Burgenland. Über die Ereignisse von Schattendorf wurde in ungarischen Medien ausführlich berichtet. Als zu den Begräbnissen der Opfer des 30. Jänner mehr als 10.000 Personen – darunter viele Schutzbündler in Uniform – kamen, mobilisierte die ungarische Seite die Gendarmerie. Allein in Agendorf gingen 150 ungarische Gendarmen in Stellung.

Die Leitung des Schutzbundes war jener der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unterstellt. Neben der Landesleitung, die lange von Koloman Tomsich geführt wurde, existierte noch eine hierarchische Struktur auf Bezirksebene. Die Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes entstammten fast ausschließlich deutschen und kroatischen Arbeiterfamilien bzw. waren Land- oder Wanderarbeiter. In der Folgezeit sollte es der Schutzbund bis auf 3.000 Mitglieder im Burgenland bringen, österreichweit waren es mehr als 80.000 (1928). Im März 1930 wurde eine eigenständige Landesorganisation gegründet, die in Bad Sauerbrunn, Schulgasse 130, ihren Sitz hatte. Gleichzeitig entstanden in Eisenstadt, Neutal, Mattersburg und Oberwart Bezirksorganisationen.

Am 30. März 1933 wurde die Wehrformation der Sozialdemokratie verboten, bestand im Untergrund als schlagkräftige Organisation aber noch weiter. Am 12. Februar 1934 kam es schließlich zur Katastrophe: Im Zuge von Hausdurchsuchungen im Arbeiterheim „Hotel Schiff“ in Linz eröffne-

ten Schutzbündler das Feuer. Der folgende Bürgerkrieg kostete 239 Österreichern das Leben. Auch im Burgenland kam es im Februar 1934 zu Kampfhandlungen zwischen dem Schutzbund und der Gendarmerie, die bei der Niederschlagung des Aufstandes von der Heimwehr unterstützt wurde.

Der Schattendorfer Schutzbund war einer der ältesten des Landes. Am 18. Mai 1926 gab die „Zentralleitung“ des Republikanischen Schutzbundes in Wien die notwendige Zustimmung zur Gründung einer Ortsgruppe Schattendorf, die Obmann Julius Deutsch persönlich gegenzeichnete. Die Gründungsanzeige wurde dem Amt der Burgenländischen Landesregierung bzw. der Bezirkshauptmannschaft Mattersburg am 13. Juli 1926 übermittelt. Proponent und erster provisorischer Leiter war Andreas Allram. Am 5. September 1926 kam es schließlich zu der Gründungsversammlung, im Zuge derer Michael Tranker zum Obmann gewählt wurde. Bei dieser feierlichen Versammlung waren 240 Schutzbündler anwesend, darunter auch Genossen aus den Ortsgruppen Sauerbrunn, Wiesen und Sigleß, die dazu eigens mit dem Zug angereist waren. Nach einem Bericht des Polizeikommissariates Eisenstadt zählte der Schattendorfer Schutzbund ca. 200 Mitglieder. Der Wirkungsbereich der Ortsgruppe war auf den Bezirk Mattersburg beschränkt. Ihr Ende kam am 30. März 1933, die Streichung des Vereins aus dem Vereinsgrundbuch folgte am 16. Mai 1933.

*In den Satzungen der „Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs“ steht gleich zu Beginn ihr Leitspruch, der lautet: „Allgemeines Volkswohl geht vor kleinlicher Parteipolitik.“*

*Und weiter: „Zweck des Verbandes (ist die) Pflege der Liebe zur Heimat und zum deutschen Volk bei Ausschaltung aller Partei- und Klassegegensätze, Unterstützung der öffentlichen Sicherheitsorgane zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung (und) Schutz von Personen gegen jeden Terror ...“*

## DIE FRONTKÄMPFERVEREINIGUNG

Unmittelbar nach Kriegsende fanden sich ehemalige Offiziere zum „Bund für Ordnung und Wirtschaftsschutz“ zusammen. Kurze Zeit später wurden auch niedrigere Chargen in die Vereinigung aufgenommen und so die Organisation zusehends verbreitert. Man gab sich den Namen Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs. Ziele der Vereinigung waren die „Vereinigung aller arischen Frontkämpfer“ sowie die „Pflege der Liebe zur Heimat“. Juden, Kommunisten und Sozialdemokraten waren von Anfang an ausgeschlossen. Das Rekrutierungspotential dieser militanten Vereinigung ist nicht zu unterschätzen: Immerhin wohnten der konstituierenden Vollversammlung am 30. April 1920 bereits mehr als 2.000 Mitglieder bei. Gründungsmitglieder der Frontkämpfervereinigung waren u. a. Oberst Hermann Ritter von Hiltl, Hauptmann Anton Seifert (beide traten im Jänner 1927 im Burgenland in Erscheinung) und Major Emil Fey. Es folgte der organisatorische Aufbau in Oberösterreich,

Salzburg und in der Steiermark. Im Burgenland fasste die Organisation im Jahr 1923 Fuß.

Das ideologische Korsett der Bewegung hatte eine auffallende Nähe zur NSDAP. Neben einem Arierparagrafen, einem betonten Antimarxismus, dem Führerprinzip, dem expliziten Anschlusswunsch, der Ablehnung der demokratischen Republik und einem profunden Militarismus fanden sich auch legitimistische Ansätze im Programm der Bewegung.

Die Frontkämpfer trugen eine eigene Uniform mit einer markanten Uniformmütze. Gefährlich war die Vereinigung auf Grund ihrer Entschlossenheit und der guten Ausbildung ihrer Mitglieder. Kaum ein Mitglied war nicht geübt im Umgang mit Schusswaffen. Die Rekrutierungsbestrebungen wurden mit der Verabschiedung des Linzer Programms der Sozialdemokratie von 1926 noch beschleunigt. Die Frontkämpfer boten sich infolge allen nichtmarxistischen Par-

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



*Erste Tagung der burgenländischen Frontkämpfer Deutsch-österreichs, Bahnhof Eisenstadt, 12. August 1923.*

teilen als Saalschutz an. Sitz der Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs war die Rasumofskygasse im III. Bezirk in Wien. Vom dortigen „Reichsverband“ ging die Verbreitung der Bewegung aus.

Im Burgenland sind bis ins Jahr 1927 zwei Gründungswellen zu konstatieren. 1923 wurden die Ortsgruppen Eisenstadt und St. Margarethen gegründet. An der ersten Tagung der burgenländischen Frontkämpfer in Eisenstadt am 12. August 1923 nahmen bereits über 400 Mitglieder, darunter sehr viele Kameraden aus Wien, teil.

Zur Jahreswende 1925/26 folgte eine weitere Gründungswelle. Ortsgruppen Gründungen wurden aus Oslip, Deutschkreutz, Nikitsch, Wiesen, Rohrbach, Loipersbach und Schattendorf gemeldet. Bis zum Jänner 1927 gab es Stützpunkte in den Bezirken Eisenstadt, Oberpullendorf und Mattersburg. Die Ortsgruppen wurden nicht nur in Gemeinden mit bürgerlicher Mehrheit gegründet, sondern auch in sozialdemokratischen Gemeinden. Im Mai 1928 meldete der „Führer“ des Bundes-

verbandes Oberst Hittl die Gründung eines eigenständigen Landesverbandes der Frontkämpfervereinigung behördlich an.

Die Vereinigung war durchaus erfindereich in der Art der Verbreitung. Nachdem die burgenländischen Behörden Neugründungen von politischen Organisationen auf Basis des Vereinsgesetzes aus dem Jahr 1867 nur sehr eingeschränkt zuließen, ging man in den burgenländischen Gemeinden dazu über, „Zahlstellen“ anstatt selbstständiger Vereine einzurichten. Eine Zahlstelle sollte lediglich zur Abwicklung der Mitgliederbetreuung des Bundesverbandes dienen. Derart umging man geschickt ein zu erwartendes Verbot der Gründung, da der Hauptverband in Wien regulär gemeldet war. Im Laufe des Jahres 1928 wurde eine neue Satzung genehmigt, was schließlich die Umwandlung in Ortsgruppen ermöglichte.

„Führer“ der Bewegung war der 1872 in Olmütz (Mähren) geborene Hermann Ritter von Hittl, der von 1907 bis 1912 als Lehrer an der Infanteriekadettenschule in Wien wirkte und als Oberst aus der k.u.k. Armee

# DEMOKRATIE AM WENDEPUNKT

Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Polizei – Vereine

**FRONTKÄMPFER-VEREINIGUNG DEUTSCHÖSTERREICHS**  
WIEN, III., RASUMOFSKYGASSE 16 - FERNRUUF 93-0-28

DER FÜHRER WIEN, 9. Mai 1928

An der  
 Amt der Landesregierung von Burgenland  
in Sauerbrunn.

Auf Grund der neuen vom Bundeskanzleramt mit Zahl 101378 Abteilung 9 Inneres vom 12. MÄRZ 1928 genehmigten Satzungen ist die Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs berechtigt die Landeszahlstelle Burgenland in einen Landesverband Burgenland umzuwandeln. Die Führung der Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs legt hiermit die Satzungen für den Landesverband Burgenland in fünf Exemplaren vor und legt als Beleg die Satzungen des Hauptverbandes mit der beglaubigten Bestandsbescheinigung des Bundeskanzleramtes bei.

Der Führer:  
  


Beilagen:  
5 Exemplare Satzungen,  
1 Bestandsbescheinigung  
des Hauptverbandes mit  
Satzungen.

Auf der  
burgenländischen Landesregierung  
eing. 14. MAI 1928  
**III** - 211-3 631g **III**

## Gründung des Landesverbandes Burgenland der Frontkämpfervereinigung

abrüstete. Im Ersten Weltkrieg kämpfte er in Serbien und zuletzt in Italien, wo er auch – als Kommandant des Feldjägerbataillons Nr. 21 – in Kriegsgefangenschaft geriet. Kurz nachdem er aus der Gefangenschaft zurückgekehrt war (August 1919), wurde Oberst Hiltl zu einem der Gründer der Frontkämpferbewegung. Er trat auch mehrfach im Burgenland in Erscheinung und

wurde rasch zum Feindbild der Sozialdemokraten. Wo immer Hiltl auftauchte, konnte die Polizei mit Unruhen rechnen.

1925/26 intensivierten die Frontkämpfer ihre Werbungstätigkeit im Burgenland. Die Veranstaltungen liefen meist nach demselben Schema ab: Ein hoher Funktionär – meist der „Führer“ der Bewegung – hielt eine Rede, welche die Gefahren des Marxismus zum In-

Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Vereinsakte



halt hatte. Die Kundgebungen waren von der Zentrale in Wien organisiert und immer behördlich korrekt gemeldet. Die ansässigen Sozialdemokraten fühlten sich durch diese Veranstaltungen provoziert. Im Laufe des Jahres 1926 trat die SDAP-Parteileitung solchen Veranstaltungen zusehends entschlossener entgegen, was dazu führte, dass die Frontkämpfer Verstärkung aus Wien und den umliegenden „Ortsgruppen“ hinzuzogen.

Umstritten sind die Finanzierungskanäle der Organisation. Von den im burgenländischen Landtag vertretenen Parteien mussten sich die Frontkämpfer den nicht unbegründeten Vorwurf gefallen lassen, ein Instrument der ungarischen Irredenta zu sein und sich von ungarischen Kreisen finanziell unterstützen zu lassen.

Von Waffenverstecken in der Umgebung von Ödenburg war die Rede und von ge-

heimen Depots in den Ortschaften. Auch die Auswahl der Ortschaften, in denen Frontkämpferorganisationen bzw. „Zahlstellen“ gegründet wurden, unterlag einem strategischen Konzept. Diese Gründungen gruppierten sich einerseits um die Stadt Ödenburg bzw. fanden in Orten statt, die für den militärischen Nachschub in einem potentiellen Bürgerkrieg in Österreich von Bedeutung sein konnten. Dies waren im Besonderen die Bahnhöfe auf der Strecke Wr. Neustadt-Ödenburg.

Die politische Bedeutung der Frontkämpfervereinigung im Burgenland und in Österreich war vergleichsweise gering. Insgesamt wurden im Burgenland bis 1927 14 Gruppen bzw. „Zahlstellen“ eingerichtet. Die Mitgliederzahl dürfte bei 500 – 700 gelegen sein. Österreichweit lag die Mitgliederzahl der Frontkämpfer Mitte der 1920er Jahre nach eigenen Angaben bei ca. 100.000. Bis 1929 halbierte sich die Mitgliederzahl.

Die Organisation geriet sukzessive stärker ins Fahrwasser der Nationalsozialisten, die mit Beginn der 1930er Jahre den wesentli-

chen Anteil der Mitglieder ausmachten. Hiltl war bereits 1929 persönlich mit Adolf Hitler zusammengetroffen. Das Ende der Frontkämpferbewegung kam im Jahr 1935. Die offizielle Auflösung der Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs folgte mit Bescheid vom 15. Juni 1935, da der Verein seine satzungsgemäße Widmung als „unpolitischer“ Verein überschritten hatte.

Was die Frontkämpferbewegung in Schattendorf betraf, so existierte vereinsrechtlich im Jahr 1927 keine eigenständige Ortsgruppe Schattendorf der Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs. Die am 30. Jänner in Schattendorf geplante Veranstaltung war entsprechend § 6 der Satzung eine „Vollversammlung“ aller Mitglieder. Die Führung der Ortsgruppe („Zahlstelle“) übernahm Josef Grafl. Die offizielle Einrichtung der „Zahlstelle“ war am 25. Juli 1926 erfolgt und bereits unmittelbar nach dieser Gründungsversammlung hatte es eine Schlägerei mit den Sozialdemokraten gegeben. Das Vereinslokal der Frontkämpfereinigung in Schattendorf war das Gasthaus von Josef Tscharmann.

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



*Frontkämpfereufmarsch vor dem Landhaus in Eisenstadt, 1933.*

*„.... daß wir im Burgenland nun starke Heimwehren haben, liegt einzig und allein in der klassenkämpferischen Tätigkeit der sozialdemokratischen Politik.“*

(Burgenländische Heimat, 31. August 1928)

## DIE HEIMWEHRBEWEGUNG

Die Heimwehren, auch Heimatwehren, Heimatschutz oder Heimatdienst genannt, bildeten die wichtigsten „austrofaschistischen“ Organisationen. Sie entstanden 1918 in den Bundesländern und dienten dem Schutz der von benachbarten Mächten bedrohten Heimat. Ideologisch dominierten Antimarxismus, Großstadtfeindlichkeit, Antisemitismus und „Heimattreue“. Das wesentliche Rekrutierungsfeld war die Landbevölkerung, aber auch Angestellte spielten eine wichtige Rolle. Die Kommandokorps entstammten provinziellen Führungsschichten. Ideologisch teilten sich die Heimwehren in die Gruppe der deutsch-nationalen und jene der katholisch-österreichischen Bewegung. Gemeinsam war ihnen die Schutzfunktion gegen die Sozialdemokratie bzw. den Schutzbund.

Einen ersten Höhepunkt erhielt diese heterogene Bewegung unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. In der Zeit von 1924 bis zum Juli 1927 ging österreichweit der Einfluss der Heimwehren zurück. Das änderte sich schlagartig mit dem 15. Juli 1927, als die Heimwehren in den Bundesländern zum Brechen der sozialdemokratischen Streikbewegung eingesetzt wurden. Ab diesem Zeitpunkt konnten sich die Heimwehren als Gegenkraft zur „linken Macht der Straße“ profilieren.

Erste Bemühungen zur Gründung von Heimwehren im Burgenland erfolgen im Herbst 1927. Die Initiative ging nicht vom Burgenland aus. Noch unter dem Einfluss der Unruhen vom 15. Juli 1927 traten bürgerliche Kreise aus Wien an den christlichsozialen Nationalratsabgeordneten Franz Binder mit dem Ansinnen zur Gründung eigener burgenländischer Ortsgruppen heran. Landtagsabgeordneter und späterer Landeshauptmann Johann Wagner (1956–1961) wurde Burgenlands erster Ortsführer. Die Anhänger der Heimwehrbewegung rekrutierten sich aus der Christlichsozialen Partei wie auch aus dem Landbund. Die politischen Führer der Bewegung waren Franz Binder (CSP) und Michael Vass (Landbund). Daneben gab es eine militärische Führung: Oberst Gustav Berger und Major Wilhelm Stipetic. Im Südburgenland, wo bislang keine Wehrformationen Fuß fassen konnten, entstanden die ersten Ortsgruppen. Zuvor war noch ein Versuch, die Frontkämpfer des Nordburgenlandes zu „übernehmen“, am Widerstand ihres Führers, Oberst Hiltl, fehlgeschlagen. Die burgenländische Heimwehrbewegung wurde zum Teil von ungarischen Großgrundbesitzern finanziert, die von den radikalen Bodenreformplänen der Sozialdemokraten beunruhigt waren.

Die Führungsriege der burgenländischen CSP stand dem Projekt anfangs eher skeptisch.

Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Vereinsakte



tisch gegenüber, ließ es aber geschehen. In der Anfangsphase des Bestehens war der Landbund der Motor der Bewegung. In kürzester Zeit entstanden in nahezu allen burgenländischen Orten Heimwehrguppen. Obwohl viele Vereine nur auf dem Papier existierten, zählte die burgenländische Heimwehrebewegung, die sich die Bezeichnung „Heimatschutzverband Burgenland“ gab, bald über 10.000 Mitglieder und übertraf

den Schutzbund damit um ein Vielfaches. Ein erstes offizielles Auftreten von burgenländischen Heimwehren erfolgte am 7. Oktober 1928 am berühmt gewordenen Aufmarsch in Wr. Neustadt, an dem die Heimwehren von Mattersburg, Wiesen, Rohrbach, Großwarasdorf, Neudörfel, Eisenstadt und Wimpassing teilnahmen. An diesem Tag fand die erste machtvolle Demonstration der Heimwehren in einer sozialistischen Hochburg statt. Die sozialdemokratische Vormacht der Straße war damit gebrochen.

Die sich häufenden Zusammenstöße der beiden Wehrverbände führten 1929 zu einem von Juni bis September befristeten Aufmarschverbot. Unmittelbar danach gingen die gegenseitigen Provokationen unvermindert weiter. Im Nordburgenland, das bis dahin vom Schutzbund dominiert worden war, hielt die burgenländische Heimwehr erstmals am 27. Oktober 1929 eine Veranstaltung in Schützen am Gebirge ab.

Der politische Einfluss der Bewegung stieg in den kommenden Jahren und gipfelte in internen Auseinandersetzungen mit der Parteileitung der CSP, die den autoritären Kurs der Heimwehren nicht mittragen wollte. Das änderte an der politischen Orientierung der Bewegung nichts. Mit dem Korneuburger Eid des Jahres 1930 wurde der antidemokratisch-autoritäre Kurs der Bewegung zementiert.

Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Polizei – Vereine

**Bezirkshauptmannschaft**  
in Jennersdorf

442/B - 1927

I. Allgemeine politische Lage: Unverändert. Laut Bericht des Gend.  
Postens von Jennersdorf fand am 18. Sept. l. J. im Kinosaal des  
Gasthauses Josef Hirczy eine Besprechung der Vertrauensmänner  
der christ. soz. Partei (Einheitsliste) statt. Hierbei wurden die  
Ereignisse von 15. Juli l. J. erörtert und der eigentliche Zweck  
der Besprechung, die Bildung eines bgl. Heimatschutzbundes bespro-  
chen. Als Sprecher fungierten Nationalrat Binder, die Landtagsab-  
geordneten Vollinger und Vas. Ausserdem wohnte dieser Besprechung  
Bundesrat Bichler und der Oberst a. D. Gessler aus Fürstenfeld bei  
welch letzterer die Organisation des Heimatschutzbundes im süd-  
lichen Burgenlande durchzuführen hat.

Besonders hervorgehoben wurde, dass der Heimatschutzbund  
in Streikfällen einzugreifen hätte und die entsprechend geschul-  
ten Mitglieder als technische Nothilfe herangezogen werden. Den  
Vertrauensmännern wurde nahe gelegt, mit der Werbung sofort zu  
beginnen.

Der Bürgermeister Franz Buchmann aus Weichselbaum wurde  
zum Obmann des Heimatschutzverbandes für den Bezirk Jennersdorf  
bestimmt und mit der Aufstellung von Ortsgruppen und Anwerbung  
von Mitgliedern betraut. Unter den Bewohnern wurden Ansichtskar-  
ten verteilt, die den brennenden Justizpalast darstellen und mit  
der Aufschrift versehen sind: Burgenländer! Erhaltet die Freiheit  
Eurer Heimat! Zum Schutze gegen Brand und Raub schliesst Euch im  
Heimatschutzverband Burgenland zusammen.

Zum Zeichen einer Gegenmassnahme verläutet in sor. den.  
Kreisen, dass im Falle der Aufstellung von Heimwehren in Bezirke  
sofort auch Ortsgruppen des republikanischen Schutzbundes ins  
Leben gerufen werden würden.

**Amf der burgenländischen Landesregierung**

Auszug aus dem Lagebericht der BH Jennersdorf 21.22/9-v vom  
28. 9. 1927 (III-1381/69/1927)

**Amf der burgenländischen Landesregierung**

**III** - 442-B-7. 28/9. 27

Auszug aus dem Lagebericht der BH Jennersdorf vom 28. September 1927

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



Schattendorf, Burgenland.

Michael Grafl Hotel u. Gemischtwarenhandlung.

*Frühe Ansicht von Schattendorf.*

## SCHATTENDORF AM VORABEND DES 30. JÄNNER 1927

Schattendorf, unmittelbar an der ungarischen Grenze gelegen, gehörte bis 1921 dem Ödenburger Komitat an, wurde dann vorerst dem Bezirk Eisenstadt zugewiesen, schließlich aber doch dem Bezirk Mattersburg einverleibt.

Die erste Volkszählung im Burgenland aus dem Jahre 1923 ergab eine Bevölkerungszahl von 2.173. Davon gaben 2.169 Katholisch und 4 Evangelisch als ihre konfessionelle Zugehörigkeit an. Schattendorf war fast rein deutschsprachig, die Volksgruppenzugehörigkeit ergab: 2.154 deutsch – 10 kroatisch – 9 ungarisch.

In der Grenzgemeinde wurde 1921 ein Gendarmerieposten eingerichtet. Schwierigkeiten bereitete in den ersten Jahren nach dem Anschluss des Burgenlandes an Öster-

reich die Lösung der traditionellen wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Bindungen zu Ödenburg. Gezwungenermaßen verlagerte sich danach der Handel von Ödenburg nach Mattersburg und Wiener Neustadt. Ein bisher wesentlicher Teil des Absatzmarktes war durch die Grenzziehung verlorengegangen.

Später als in anderen Orten, erst im August 1922, wurde eine Gemeindeverwaltungskommission gebildet. Die ersten Gemeinderatswahlen im Burgenland vom 25. März 1923 brachten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) 617 Stimmen (8 Mandate), der Christlichsozialen Partei (CSP) 460 Stimmen (6 Mandate). Erster Bürgermeister wurde der Sozialdemokrat Johann Grafl, er übte dieses Amt bis 1931 aus. Der

Versuch, die konfessionelle Schule in eine Gemeindeschule umzuwandeln, sowie die Durchführung des Straßenbaus entzweiten die politischen Fraktionen. 1924 kam es zu einem Misstrauensantrag der CSP-Fraktion gegen den Bürgermeister, schließlich zur Selbstauflösung des Gemeinderates und am 8. November 1925 zu Neuwahlen. Bei diesen Wahlen erlangte die SDAP 679 Stimmen (10 Mandate), die CSP 424 Stimmen (6 Mandate). Die politischen Meinungsverschiedenheiten beherrschten auch die folgenden Jahre und verhinderten weitgehend eine konstruktive Arbeit. Immer wieder kam es zu Berufungen der CSP-Fraktion gegen Gemeinderatsbeschlüsse, die von der Landesregierung zum Teil als berechtigt anerkannt, teilweise aber auch abgewiesen wurden.

Bei den Gemeinderatswahlen vom 20. März 1927 erreichte die SDAP 728 Stimmen (9 Mandate), die CSP 456 Stimmen (6 Mandate). Da sich die politischen Parteien über die Zusammensetzung des Gemeindevorstandes nicht einigen konnten, musste die Landesregierung schlichtend eingreifen.

Während die Politiker auf Landesebene um Konsens bemüht und übereingekommen waren, keine paramilitärischen Wehrverbände im Burgenland aufzustellen, erfolgte diese Entwicklung seit 1925 von Seiten der Frontkämpfer. Auf Betreiben der Wiener Führung begann die Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs auch im Burgenland aus strategischen Gründen, insbesondere in Ortschaften entlang der Bahnlinie Ödenburg-Wr. Neustadt, so genannte Zahlstellen, die der Mitgliederrekrutierung dienen sollten, einzurichten. Als Reaktion darauf reagierten die Sozialdemokraten mit der Gründung von Republikanischen Schutzbundgruppen.

Seit Aufstellung beider Gruppierungen in Schattendorf im Sommer 1926 äußerten sich die politischen Gegensätze nun verstärkt durch Raufereien, Drohungen und Versammlungsstörungen. Immer wieder kam es zu kleineren Zusammenstößen.

Am 30. Jänner 1927 allerdings wurde Schattendorf zum Schauplatz eines Ereignisses, das noch weitreichende Folgen haben sollte.

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



*Aufnahme von Schattendorf aus der NS-Zeit.*

*„Die Geschehnisse selbst hätten damals auch in einer anderen Gemeinde stattfinden können und ich bin überzeugt, dass die handelnden Personen die politischen Hintergründe gar nicht einschätzen konnten. Es war jedenfalls eine tragische Verstrickung, die den Beginn des Zerfalls der Demokratie in Österreich bedeutete.*

*Mehr kann ich dazu in einem kurzen Brief nicht darlegen – meine Anteilnahme gilt jedenfalls allen Opfern dieser schicksalshaften Zeit.“*

(Zitiert aus einem Brief von Dr. Fred Sinowatz an Josefa Trimmel-Tscharmann vom 21. Juli 2004)

# DAS EREIGNIS VON SCHATTENDORF UND DIE POLITISCHEN FOLGEN

## Sonntag, 30. Jänner 1927

Die Werbetätigkeiten der Frontkämpfervereinigung im Bezirk Mattersburg seit Beginn der 1920er Jahre wurden in sozialdemokratischen Kreisen als blanke Provokation aufgefasst. Für den 30. Jänner 1927 war in Schattendorf eine solche Frontkämpferveranstaltung geplant, gemeldet und auch behördlich genehmigt.

Um dieser Provokation entsprechend entgegenzutreten, setzte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei\* – trotz warnender Stimmen – ebenfalls eine Versamm-

lung an, die im Vereinslokal Gasthaus Moser stattfinden sollte. Es wurde verabreimt, diese Versammlung behördlich zu melden. Beide Veranstaltungen waren zeitgleich für 15.00 Uhr angesetzt. Da die Schattendorfer Frontkämpfervereinigung nur an die 30 Mitglieder und der örtliche Schutzbund mehr als 70 Mann zählte, wiegte sich letzterer in Sicherheit. Was man in Schattendorf nicht wusste: Zu der Veranstaltung wurden nicht nur die Ortsgruppe Loipersbach, sondern auch Frontkämpfer aus Wien erwartet. Es war vorgesehen, dass die Loipersbacher Frontkämpfer die Wiener Funktionärs-

---

\* In diversen Quellen wird fälschlich angeführt, dass es sich nicht um eine Veranstaltung der örtlichen Parteileitung, sondern des Republikanischen Schutzbundes handelte. Allerdings ist in den Erhebungsmaterialien der Gendarmerie immer von einer Veranstaltung der SDAP-Leitung die Rede. Da diese nicht behördlich der Bezirksverwaltung gemeldet, sondern lediglich „ausgetrommelt“ wurde, ermittelte die Gendarmerie gegen den Ortsgruppenleiter der SDAP Johann Pinter und nicht gegen den Schutzbundführer Michael Tranker.

Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Polizei - Vereine



Anmeldung der Frontkämpferversammlung für den 30. Jänner 1927.

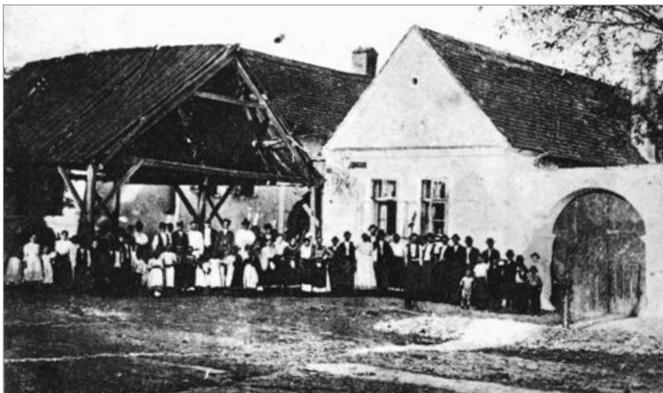
gruppe vom Bahnhof abholen sollten, um sie zum Gasthof Tscharmann zu begleiten.

**ca. 10.00 Uhr**

Vom Plan der Schattendorfer Frontkämpfer erhielten die hiesigen Schutzbündler am Vormittag des 30. Jänner durch den von

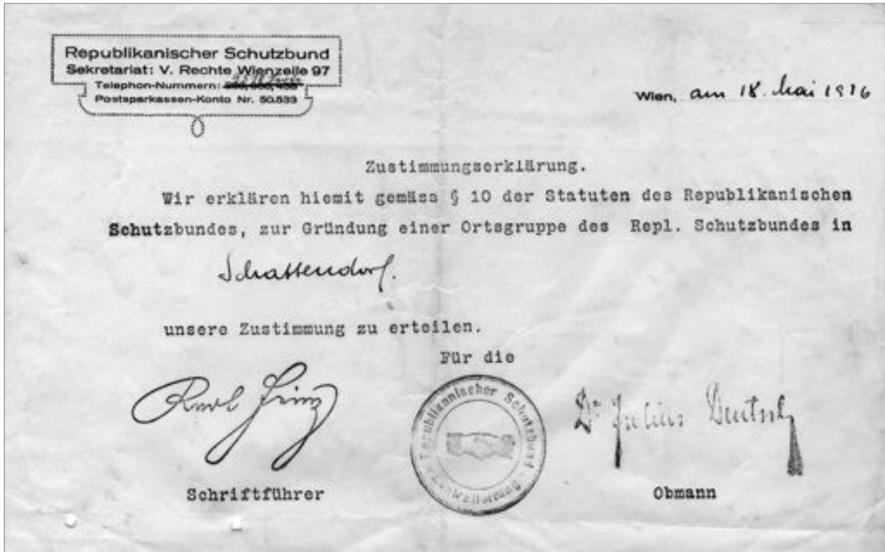
Wien kommenden Friedrich Hofmann Kenntnis. Oberleutnant Friedrich Hofmann diente in der Wiener Volkswehr, war Landesführer des Wiener Schutzbundes, Sekretär der Schutzbund-Reichsleitung und als Referent der SDAP-Veranstaltung in Schattendorf vorgesehen.

Foto: Josefa Trimmel-Tscharmann



Gasthaus Tscharmann, das Vereinslokal der Frontkämpfer, in den 1920er Jahren.

Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Vereinsakte



Am 18. Mai 1927 erhält der Schattendorfer Schutzbund vom Obmann des Zentralverbandes, Dr. Julius Deutsch, die offizielle Genehmigung zur Gründung einer Ortsgruppe.

## ca. 11.00 Uhr

Gerüchteweise war zu vernehmen, dass die Frontkämpfer versuchen würden, die sozialdemokratische Veranstaltung zu sprengen. Eine Beratung über die weitere Vorgangsweise fand im Gasthof Paul Moser statt. Daran nahmen neben Hofmann auch der Bezirksleiter des Schutzbundes und Leiter der Ortsgruppe Baumgarten Thomas Preschitz, die Gruppenleiter Michael Tranter (Schattendorf) und Josef Wild (Draßburg), der SDAP-Obmann von Schattendorf Johann Pinter und mehrere andere Mitglieder teil. Man kam überein, eine akkordierte Aktion gegen die Pläne der Frontkämpfer zu starten, in welche auch andere Schutzbundgruppen der Umgebung eingebunden sein sollten. Hofmann ver-

fasste einen Brief, der zur Teilnahme an der Veranstaltung aufforderte. Ein Fahrradbote brachte den Brief nach Klingebach. Preschitz mobilisierte die Gruppen Baumgarten und Draßburg persönlich.

Es war abzusehen, dass kein hoher burgenländischer Parteifunktionär in Schattendorf anwesend sein würde, da zeitgleich in Neufeld eine Veranstaltung der Sozialdemokratischen Jugendorganisation geplant war, an welcher die Führungsriege der SDAP teilnehmen sollte. Es darf aber angenommen werden, dass die Mobilisierung vierer Schutzbundeinheiten nicht die Zustimmung der Parteileitung erhalten hätte, da diese versuchte, möglichen Provokationen aus dem Weg zu gehen.

Foto: Burgenländisches Landesarchiv



*Gasthaus Moser  
(spätere Abbildung), das  
Vereinslokal der  
Schattendorfer So-  
zialdemokraten.*

#### **ca. 11.30 Uhr**

Der Fahrradkurier erreichte am späten Vormittag Klingenbach, wo im Zuge einer improvisierten Versammlung der Brief gelesen wurde. Nach kurzer Diskussion entschied man, dem Ruf Hofmanns und der Schattendorfer Genossen Folge zu leisten. Die Abteilung trug Zivil und die Schutzbundkappe, verstieß aber dennoch gegen ein behördlich verhängtes Uniformierungsverbot und überschritt gleichzeitig den in den Klingenbacher Statuten festgelegten Wirkungsbereich, der auf den Bezirk Eisenstadt eingeschränkt war.

#### **ca. 12.00 Uhr**

Der Schattendorfer Postenkommandant, Gruppeninspektor Johann Wittwer, informierte sich bei Bürgermeister Johann Grafl über die geplante Veranstaltung der SDAP, von der er gerüchteweise erfahren hatte. Im Laufe des Gesprächs, bei welchem auch Hofmann anwesend war, kam auch zur Sprache, dass Schutzbündler aus anderen Orten in Schattendorf erwartet würden.

#### **ca. 13.15 Uhr**

Die Schutzbundgruppen von Schattendorf, Baumgarten, Draßburg und Klingenbach trafen beim Gasthaus Moser ein.

Aus Klingenbach marschierten 25 Mann an, die Gruppe Schattendorf war die zahlenmäßig stärkste mit 39 Schutzbündlern. Aus Draßburg kamen 28, aus Baumgarten folgten 20 Mann dem Aufruf Hofmanns. Insgesamt sammelten sich 112 Angehörige des Republikanischen Schutzbundes und nach einer kurzen Lagebesprechung erfolgte der Abmarsch mit Ziel Bahnhof Loipersdorf-Schattendorf, um – wie vorgesehen – den Einmarsch der Frontkämpfer nach Schattendorf zu verhindern.

#### **ca. 13.30 Uhr**

Auf der Höhe des Gasthauses Tscharmann, des Vereinslokales der Frontkämpfer, brach eine Gruppe von 10-15 Schutzbündlern, darunter Thomas Preschitz, aus der Marschkolonne aus und dang ins Lokal ein. Dort kam es zur ersten Auseinandersetzung des Tages, im Zuge derer der

# SCHATTENDORF 1927

Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Polizeiakt

147

Landgendarmariekommando f. d. Burgenland.  
zu E. Nr. 282.  
 Abteilung Sennerbrunn Nr. 2  
 Posten zu Schattendorf Nr. 2.

V e r z e i c h n i s  
 -----

Über die vom republikanischen Schutzbund in Schattendorf am 30. I. 1927  
 ausgerufenen und an Bahnhöfe in Leipersbach-Schattendorf anwesenden  
 Schutzbündler.

Ftl. Zl.	N a m e	Haus-Nr.	Ftl. Nr.	N a m e	Haus Nr.		
1	Franker	Michael	338	21	Pinter	Johann	220
2	Grasi	Mathias	35	22	Pinter	Josef	248
3	Reichl	Leopold	85	23	Stromer	Johann	176
4	Stromer	Michael	176	24	Stromer	Johann	277
5	Grafl	Andreas	180	25	Hering	Michael	211
6	Stromer	Jakob	176	26	frimzel	Michael	279
7	Bernhardt	Michael	160	27	Stromer	Paul	176
8	Pinter	Michael	78	28	Allran	Michael	79
9	Adrigen	Paul	237	29	Lampf	Johann	118
10	Grafl	Michael	268	30	Unger	Michael	260
11	Bernhardt	Michael	246	31	Schaller	Johann	266
12	Ifschak	Budolf	285	32	Allran	Johann	79
13	Ströner	Karl	155	33	Hering	Michael	282
14	Guttmann	Michael	286	34	Grössing	Martin	75
15	Witz	Franz	234	35	Stromer	Stefan	176
16	Schaller	Josef	182	36	Stromer	Michael	260
17	Stromer	Josef	176	37	Bernhardt	Johann	12
18	Pinter	Josef	53	38	Hoffmann	Eduard	6
19	Sison	Stefan	170	39	Schuh	Josef	88
20	Allran	Andreas	286				

Schattendorf, am 13. Februar 1927.

Liste der beteiligten Schutzbündler aus Schattendorf

Quelle: Burgenländisches Landesarchiv, Polizeiakt

750

Landesgendarmereikommando f. d. Burgenland  
Abteilung Bauernramm Nr. 2.  
Posten zu Schattendorf Nr. 2.  
am E. Nr. 282.

V e r z e i c h n i s

Über die Schutzbündler von Klingenebach, welche am 30. I. 1927 am Bahnhöfe in Loipersbach-Schattendorf ausgedrückt waren.

Pol. Zi.	N a m e	Haus Nr.	Anmerkung
1	Kienenschütz Johann	265	Stellvertreter d. Zuganführer.
2	Csmerits Mathias	43	wurde erschossen
3	Schinkovits Paul	194	Hornist
4	Wertmann Andreas	94	
5	Frank Ludwig	47	
6	Frank Martin	47	
7	Gregorits Jakob	207	
8	Lipkovits Thomas	169	
9	Blackovits Johann	78	
10	Ivanschits Mathias	77	
11	Stara Franz	43	
12	Dihanits Mathias	4	
13	Csacovats Johann	213	
14	Frank Johann	24	
15	Frank Stefan	186	
16	Viaschitz Johann	35	
17	Frank Mathias	245	
18	Frank Felix	212	
19	Frank Josef	200	
20	Frank Felix	200	Brüder
21	Visner Paul	62	
22	Ivanschits Johann	162	
23	Ivanschits Sylvester	204	
24	Csmerits Franz	105	
25	Frank Johann	136	

Schattendorf, am 13. Februar 1927.

Liste der beteiligten Schutzbündler aus Klingenebach, darunter befindet sich an zweiter Stelle der Name von Matthias Csmarits.

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



*Bahnhof Loipersbach-Schattendorf*

Wirtssohn Josef Tscharmann einen ersten Schuss abgab, um die Gendarmerie zu alarmieren.

Dem herbeigeeilten Gruppeninspektor Johann Wittwer gelang es, den Streit zu schlichten.

Der Großteil der Gruppe marschierte indes zum Bahnhof weiter. Dort bezogen die Schutzbündler vorerst Stellung.

### **ca. 14.40 Uhr**

Der Zug mit den aus Wien erwarteten Frontkämpfern traf ein. Dieser Gruppe, die nur aus 10 Personen bestand, gehörten neben acht Mattersburger Frontkämpfern zwei hohe Funktionäre aus Wien an: Hauptmann a. D. Anton Seifert sowie der Sekretär der Österreichischen Frontkämpferversammlung, Josef Landgraf. Es kam zu einer Rauferei mit einem Teil der Schutzbündler, woraufhin sich die Frontkämpfer im Bahnhofsgelände verschanzten.

Die Situation geriet außer Kontrolle und Revierinspektor Anton Schmied ersuchte

das Gendarmeriebezirkskommando Mattersburg um Verstärkung.

Unter Vermittlung der Gendarmerie verständigte man sich darauf, die Veranstaltung im Gasthaus Tscharmann abzusagen. Die Frontkämpfer zogen sich entlang der Bahnlinie Richtung Mattersburg zurück.

### **ca. 14.45 Uhr**

Nachdem die etwa 40 Mitglieder der Frontkämpfer Ortsgruppe Loipersbach beinahe zeitgleich den Bahnhof erreicht hatten, kam es zu der erwarteten Schlägerei, bei der die ersten Schüsse fielen. Die Loipersbacher traten auf Grund des ungleichen Kräfteverhältnisses den Rückmarsch an. Niemand wurde ernsthaft verletzt, lediglich der Kommandant der Loipersbacher Frontkämpfer erlitt durch einen Streifschuss am Ohr eine leichte Verletzung.

### **ca. 15.45 Uhr**

Der Schutzbund hatte seine Ziele gewaltsam durchgesetzt: Den auswärtigen Frontkämpfern wurde der Einmarsch in

Foto: Burgenländisches Landesarchiv



*Beim Rückmarsch vom Bahnhof zum Gasthaus Moser passierten die Schutzbündler erneut das Gasthaus Tscharmann.*

den Ort verweigert und die Schattendorfer Frontkämpfer mussten ihre Generalversammlung absagen. Im Bewusstsein, sich in voller Linie gegen den politischen Gegner durchgesetzt zu haben, marschierten die Schutzbündler zurück zum Gasthof Moser. Sie wurden begleitet von Parteigängern der SDAP, aber auch von Unbeteiligten – darunter Frauen und Kinder.

Im Ort verbreitete sich inzwischen aber bereits das Gerücht, dass der Loipersbacher Frontkämpferkommandant erschossen worden sei.

#### **ca. 16.00 Uhr**

Ein weiteres Mal passierte der Zug des Schutzbundes das Gasthaus Tscharmann, in dem sich etliche Frontkämpfer aufhiel-

ten. Aus der am Ende marschierenden Klingebacher Ortsgruppe lösten sich einige Schutzbündler aus dem Verband und drangen ins Gasthaus ein, darunter auch der Klingebacher Schutzbündler Matthias Csmarits. Steine flogen auf die Außenfassade des Gebäudes und Drohungen wurden geäußert. Einige Frontkämpfer, darunter auch die beiden Wirtssöhne Josef und Hieronymus Tscharmann sowie deren Schwager Josef Pinter, fühlten sich bedroht und zogen sich in die Privatwohnung des Gasthauses zurück, in der schon auf Grund der Vorkommnisse des frühen Nachmittags geladene Gewehre bereitstanden.

Während Josef Tscharmann einige Schüsse auf die gegenüberliegende Hofmauer abgab, um die bereits in den Hof

Foto: Burgenländisches Landesarchiv



*Privathaus Tscharmann: Straßenansicht mit Beschädigungen an der Hausmauer, die von Steinwürfen verursacht wurden.*

Foto: Burgenländisches Landesarchiv



*Gasthaus Tscharmann – Innenhof: Um die ins Gasthaus eingedrungenen Schutzbündler zu vertreiben feuert Josef Tscharmann einige Schüsse auf die gegenüberliegende Gasthausmauer ab.*



Foto: Burgenländisches Landesarchiv



*Standorte, an denen Josef Grössing und Matthias Csmarits tödlich getroffen wurden.*

und in die Küche eingedrungenen Schutzbündler zu vertreiben, feuerten Hieronymus Tscharmann und Johann Pinter von einem straßenseitigen, vergitterten Fenster auf die Straße. Auch Josef Tscharmann kam in das vordere Zimmer und gab noch mindestens einen Schuss ab, wie er später selbst gestand.

Die Schüsse hatten verheerende Folgen: Mehrere Personen, zum Teil unbeteiligte Schaulustige, wurden verletzt, zwei Menschen aber, der sechsjährige Josef Grössing aus Schattendorf und der Klingenbacher Schutzbündler Matthias Csmarits, blieben inmitten der auseinander tobenden Menschenmenge tödlich getroffen liegen. Csmarits wurde von einer Schrotladung

von hinten in Kopf und Nacken getroffen. Der kleine am gegenüberliegenden Straßenrand stehende Junge starb an einem Herzschuss.

### **Später Nachmittag**

Fahrradkuriere der Sozialdemokraten verbreiteten die Nachricht über die Gewalttat in Neufeld und Eisenstadt. Nur mit Mühe konnte die spontane Mobilisierung einzelner Schutzbundgruppen (darunter der Eisenstädter Schutzbund) verhindert werden.

Auch die Frontkämpfer von Mattersburg hatten am Nachmittag eine Mobilisierung erwogen, nachdem Seifert und Landgraf von dem Vorfall am Schattendorfer Bahnhof berichtet hatten.

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



*Ehrenwache an  
der Stelle, wo  
Matthias Csmarits  
zu Tode kam.*

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



*Totenwache am Grab Josef Grössings*

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



*Nach dem Begräbnis von Josef Grössing, das um 14.00 Uhr stattgefunden hatte, zog ein 10.000 Menschen umfassender Trauerzug nach Klingebach, wo um 16.00 Uhr Matthias Csmarits beerdigt wurde.*

## **Abends**

Als einziges Mitglied der SDAP-Landesleitung kam Landespartei sekretär Hans Bögl persönlich nach Schattendorf, um sich ein Bild der Lage zu machen.

## **31. Jänner 1927**

Der Unmut über das Schattendorfer Ereignis äußerte sich in spontanen Protestkundgebungen in mehreren Großbetrieben Wiens und Wr. Neustadts.

Im Burgenland reagierte die SDAP-Parteileitung sofort und versuchte die Protestwelle in geordnete Bahnen zu lenken; für den Vormittag wurde in Neufeld eine Protestversammlung angekündigt. Die Sirenen der Neufelder Industriebetriebe gaben um 11.00 Uhr das Signal, die Arbeit niederzulegen. Landtagsabgeordneter Franz Schön, der Bürgermeister von Neufeld und Landeshauptmannstellvertreter Ludwig Leser sprachen bei der Protestversammlung, an der 6.000 Personen teilnahmen.

## **2. Feber 1927**

Die Begräbnisse der beiden Opfer in Klingebach und Schattendorf wurden beeindruckende sozialdemokratische Kundgebungen, an denen mehr als 10.000 Personen teilnahmen. In ganz Österreich wurde um 11.00 Uhr ein 15minütiger Generalstreik abgehalten.

## **3. Feber 1927**

Bei der Nationalratssitzung kam es zu tumultartigen Szenen. Die Sozialdemokratischen Abgeordneten forderten in einer dringlichen Anfrage die Regierung auf, die Schuldigen von Schattendorf zur Verantwortung zu ziehen und die Frontkämpfervereinigung aufzulösen.

## **8. Feber 1927**

In der Landtagssitzung verurteilten alle im Landtag vertretenen Parteien die Ereignisse von Schattendorf auf das Schärfste. Eine gemeinsam getragene Resolution be-

inhalte die ernste Mahnung, politische Kämpfe mit geistigen Waffen auszutragen und die Absicht, gegen „hochverräterische Elemente“ mit aller Strenge vorzugehen.

### 5.–14. Juli 1927

Am 5. Juli begann im Wiener Landesgericht für Strafsachen II der Prozess gegen Josef Tscharmann, Hieronymus Tscharmann und Johann Pinter. Dieser Geschworenengerichtsprozess verlief unter reger Anteilnahme der Presse und der Öffentlichkeit. Die Anklage lautete auf: „Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeiten durch boshafte Handlungen unter besonders gefährlichen Verhältnissen nach § 87 des Österreichischen Strafgesetzes“. Über 100 Zeugen wurden vorgeladen, 42 Zeugenaussagen verlesen. Die Angeklagten selbst bestritten nie, die tödlichen Schüsse abgegeben zu haben, gaben jedoch an, nicht in der Absicht geschossen zu haben, zu töten oder zu verletzen. Der für alle

überraschende Freispruch war darin begründet, dass es die Anwälte geschickt verstanden hatten, die eigentliche Schuld dem Schutzbund zuzuweisen.

### 15. Juli 1927

Die Nachricht über den Freispruch der Angeklagten und ein Artikel von Friedrich Austerlitz, Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung, lösten in Wien spontane Demonstrationen aus. Kristallisationspunkt des Unmutes war der Justizpalast, der infolge in Brand gesetzt wurde. Die Intensität der Proteste überraschte den Schutzbund genau so wie die Polizei. Trotz intensivster Bemühungen der handelnden Personen (Dr. Julius Deutsch und Polizeipräsident Dr. Johann Schober) eskalierte die Situation.

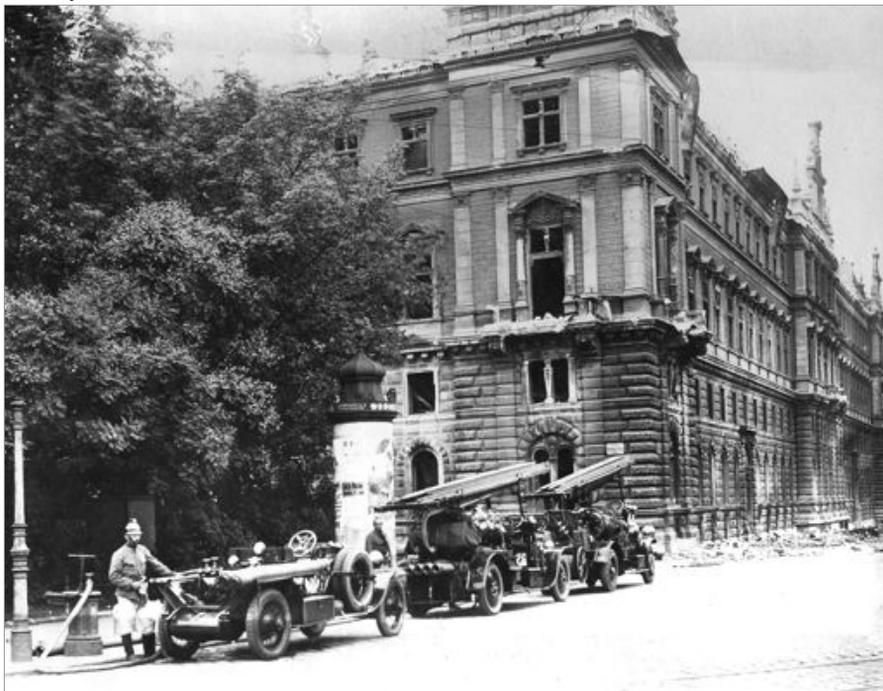
Der 15. Juli 1927 kostete 89 Menschen das Leben, über 600 Personen wurden verletzt. Österreich stand am Rande eines Bürgerkrieges – und die Demokratie am Wendepunkt.

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



Wien, 15. Juli 1927: Mit Karabinern bewaffnete Polizei.

Foto: Burgenländisches Landesmuseum



*Feuerwehr nach dem Brandeinsatz vor dem zerstörten Justizpalast.*



## JOSEF GRÖSSING (12.2.1920–30.1.1927)

Josef Grössing war der Sohn des Eisenbahners Josef sen. (geb. 1881) und der Susanne Grössing (geb. 1884). Vater Josef war zwar nicht Mitglied des Schutzbundes, stand der Sozialdemokratie allerdings ideologisch nahe. Josefs Schwester Susanne war 14 Jahre alt, als ihr Bruder starb. Mutter Susanne sollte ihren Sohn nur um zehn Jahre überleben – sie starb im Jahr 1937.

Am Tag des tragischen Ereignisses begleitete Josef mit einer Gruppe von Gleichaltrigen den Aufmarsch des Schutzbundes durch den Ort. Als es am Nachmittag beim Gasthof Tscharmann zu Auseinandersetzungen kam, stand Josef auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Aus dem Tscharmannhaus wurden mehrere Schüsse abgegeben. Dabei traf ihn eine Schrotladung ins Herz. Er lief noch wenige Schritte bis zum benachbarten Haus und brach dort tot zusammen. Der neben Josef stehende Josef Haring wurde leicht an Hand und Oberschenkel verletzt.

Das am 2. Februar stattfindende Begräbnis gestaltete sich zu einer sozialdemokratischen Machtdemonstration, an der mehr als 10.000 Trauergäste teilnahmen. Am

Grab von Josef Grössing sprachen Bundesrat bzw. Obmann des Vereins „Freie Schule – Kinderfreunde“ Max Winter, Landeshauptmannstellvertreter Ludwig Leser und Bürgermeister Johann Grafl. Jahrzehnte nach dem Begräbnis sorgte seine letzte Ruhestätte für Aufsehen, da diese im Zuge von Straßenarbeiten verlegt werden musste. Im Jahr 1984 errichtete die SPÖ eine Gedenktafel, die an die Opfer des 30. Jänner 1927 erinnert.

1997, 70 Jahre nach seinem Tod, benannte die Gemeinde Wien nach ihm eine Freizeitanlage am nördlichen Stadtrand: den Josef-Grössing-Park.

Foto: Burgenländisches Landesarchiv



*Nachstellung aus dem Polizeiakt, zeigt den Standort der Kindergruppe um Josef Grössing.*



## MATTHIAS CSMARITS (15.9.1892–30.1.1927)

Der Bauarbeiter Matthias Csmarits wurde 1892 in Klingenbach geboren. Er war verheiratet mit Maria (geb. Reisner) und hinterließ einen sechsjährigen Sohn namens Franz.

Im Ersten Weltkrieg wurde Csmarits dreimal verletzt und verlor ein Auge. Nach dem Fall der Räteregierung Bela Kuns floh Csmarits, wie viele Arbeiter der Umgebung, aus Angst vor ungarischen Zwangsmaßnahmen ins nahegelegene Niederösterreich. Im Jahr 1921 beteiligte er sich an den Kämpfen um das Burgenland. Matthias Csmarits war dann vorübergehend arbeitslos, erhielt aber bald eine Beschäftigung als Bauarbeiter bei den Elektrizitätswerken der Stadt Wien. Seit Mitte Jänner 1927 war er erneut arbeitslos. Der gebürtige Kroat war fest im Organisationsgeflecht der Sozialdemokratie verankert: Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, der Freidenker, des Unterstützungsvereins der Elektrizitätswerke und Mitglied des Klingenbacher Schutzbundes.

Nachdem die Schutzbündler erfahren hatten, dass am 30. Jänner auch auswärtige Frontkämpfer in Schattendorf erwartet wurden, erfolgte umgehend die Mobilisierung von Schutzbundgruppen der näheren

Umgebung. Im Laufe des Vormittages machte sich der Klingenbacher Schutzbund, darunter Matthias Csmarits, auf den Weg nach Schattendorf. Csmarits war auch an der Auseinandersetzung mit Frontkämpfern am Bahnhof Schattendorf-Loipersbach beteiligt. Dabei geriet Csmarits mit der Gattin des Bahnhofsvorstehers Margera in ein kurzes Wortgefecht. Darin beklagte er, dass seine Kinder Hunger leiden müssten. Kurz vor 16.00 Uhr marschierte der Zug der Schutzbündler zurück in Richtung Gasthof Moser. Die Klingenbacher Gruppe war am Ende der Marschkolonne gereiht. Auf der Höhe des Vereinslokales der Frontkämpfer lösten sich einige Schutzbündler aus der Formation und drangen ins Gasthaus Tscharmann ein. Darunter befand sich auch Matthias Csmarits. Es fielen Schüsse. Wieder auf der Straße, versuchte Csmarits hinter einem Baum Deckung zu nehmen. Mehrere Schrotkugeln trafen ihn in den Kopf. Matthias Csmarits war sofort tot, sein Leichnam wurde im Gemeindegasthaus Moser aufgebahrt.

Am 2. Februar fand das Begräbnis statt. Grabreden hielten der Parteiideologe Otto

Bauer, Landeshauptmannstellvertreter Ludwig Leser, der Führer des Republikanischen Schutzbundes Julius Deutsch und Landtagsabgeordneter Anton Propst. Mehr als 10.000 Trauergäste nahmen am Begräbnis teil.

Das Grab von Matthias Csmarits wurde zur „Pilgerstätte“ für die Arbeiterbewegung. Matthias Csmarits und Josef Grössing waren die ersten politischen Opfer des Burgenlandes. Bis heute legen die Roten Falken am 30. Jänner an seinem Grab einen Kranz nieder.

Foto: Burgenländisches Landesarchiv



Das Bild zeigt die Stelle, an der Matthias Csmarits tödlich getroffen wurde.



## JOSEF TSCHARMANN JUN. (2.7.1896–15.11.1972)

*„Josef Tscharmann jun. geboren am 2. JULI 1896 in Schattendorf Bezirk Mattersburg im Burgenland und zuständig, österr. Bundesbürger kath. verheiratet, dessen Gattin heisst Maria Tscharmann hat ein Kind im Alter von 1 1/2 Jahren, vermögenslos, Landwirtssohn, kann lesen und schreiben, hat 6 klassige Volksschulbildung, dessen Eltern heissen Josef und Maria Tscharmann, zuletzt in Schattendorf Nr. 59 wohnhaft und ist bisnun straflos.“*

(zitiert aus dem Polizeiakt)

Josef Tscharmann war Sohn der Gasthausbesitzer Josef und Maria Tscharmann. Er besuchte die Volksschule in Schattendorf. Vater Josef führte neben dem Gasthaus auch eine Landwirtschaft. Er war

ein tüchtiger Wirt und brachte es zu einem Wohlstand. Das Gasthaus „Zum lustigen Bauern“, wie das Lokal auf Postkarten bezeichnet wurde, war das erste private Wirtshaus im Ort und galt als Treffpunkt

der Bürgerlichen. Das Lokal wurde zum Vereinslokal der Frontkämpferversammlung, die am 25. Juli 1926 in Schattendorf gegründet wurde. Josef Tscharmann jun., der bereits früh mitarbeitete, übernahm schließlich das Gasthaus und führte es bis zu seinem Tod. Die Familie pflegte gute wirtschaftliche und private Kontakte nach Ungarn, die durch den Anschluss des Burgenlandes an Österreich erschwert wurden. Als Jagdpächter lud die Familie zu Jagdgesellschaften ein, an denen auch Ungarn teilnahmen.

Für den 30. Jänner 1927 war im väterlichen Gasthaus die „Jahreshauptversammlung“ der Frontkämpfer von Schattendorf angesagt. Gegen 13.30 Uhr drangen mehrere Schutzbündler in das Gasthaus ein und verlangten nach Wein. Es kam zu heftigen Wortgefechten. Auf Ersuchen seines Vaters feuerte Josef, mit der Absicht die Gendarmerie zu alarmieren, mehrere Schüsse in die Luft ab. Die heraneilende Gendarmerie konnte die Lage vorerst wieder beruhigen.

Nach einer Auseinandersetzung zwischen Loipersbacher Frontkämpfern und den Schattendorfer Schutzbündlern beim Bahnhof marschierte gegen 16.00 Uhr der Schutzbund ein weiteres Mal am Gasthof vorbei. Durch das abermalige Eindringen von Schutzbündlern ins Lokal verängstigt, zog sich Josef mit einer Gruppe von Frontkämpfern ins gegenüberliegende Wohnhaus der Familie zurück und ergriff ein für diesen Fall bereitgestelltes Gewehr. Er feu-

erte zunächst drei Schüsse aus dem hinteren Wohnzimmer in das gegenüberliegende hofseitige Gebäude und begab sich dann in das straßenseitig gelegene Wohnzimmer. Nach eigenen Aussagen soll er von dort aus einen einzigen Schuss auf die Straße abgegeben haben.

Gerüchten zufolge gewährte ihm der Dorfpfarrer Josef Kleindl, dem ein Nahverhältnis zur Frontkämpferbewegung nachgesagt wurde, nach seiner Flucht Unterschlupf. Kleindl war außerdem der Onkel von Josefs Gattin Maria, wodurch auch eine verwandtschaftliche Bindung existierte. Am 31. Jänner wurde Josef Tscharmann verhaftet und ins Bezirksgericht Mattersburg überstellt.

Am 5. Juli begann der Schwurgerichtsprozess, im Zuge dessen er am 14. Juli überraschend freigesprochen wurde. Daran waren die drei „Staranwälte“, die die Frontkämpfer organisiert hatten, nicht unbeteiligt. Als Josef enthaftet wurde, waren die Unruhen des 15. Juli bereits im Gang. Dadurch beunruhigt und verängstigt entschied er sich gemeinsam mit den beiden Mitangeklagten, in Ungarn Zuflucht zu suchen. Nachdem es im Burgenland zu keinen Ausschreitungen gekommen war, kehrten sie wieder nach Schattendorf zurück.

Josef Tscharmann war als Hilfspolizist (HIGA) im Zweiten Weltkrieg und lebte bis zu seinem Tod im Jahr 1972 in Schattendorf. Politisch wurde Josef nicht mehr aktiv.



## HIERONYMUS TSCHARMANN (15.2.1905\*–18.2.1994)

*„Hieronymus Tscharmann ist am 15. Feber 1905 in Schattendorf Bezirk Mattersburg im Burgenlande geboren und zuständig, österr. Staatsbürger, röm.kath. ledig, wirtschaftlicher Hilfsarbeiter, in Schattendorf Nr. 59 wohnhaft, kann lesen und schreiben, besitzt kein Vermögen hat für niemanden zu sorgen, Eltern Josef und Maria Tscharmann geborene Pinter und sind hier keine Vorstrafen bekannt.“*

(zitiert aus dem Polizeiakt)

Hieronimus war Sohn der Gasthausbesitzer Josef und Maria Tscharmann. Er hatte zwei Schwestern – Theresia und Maria – sowie die zwei Brüder Josef und Paul. Paul Tscharmann fiel im Ersten Weltkrieg. Anfang der 1920er Jahre kaufte Josef Tscharmann sen. die Mühle, die sein Sohn Hieronymus bis zu seinem Tode als letzter Schattendorfer Müllermeister führte. Wie sein Vater und sein Bruder pflegte auch Hieronymus gute wirtschaftliche und private Kontakte nach Ungarn. Sein Taufpate stammte aus Ödenburg. Vom Anschluss des Burgenlandes an Österreich erwartete Hieronymus wirtschaftliche Nachteile. Darin könnte auch das Motiv seiner Mitgliedschaft bei der Frontkämpferversammlung liegen, da die burgenländischen Frontkämpfer gerüchteweise für den Wie-

deranschluss an Ungarn agitierten. Widersprüchlich scheint hingegen, dass er als Nicht-Weltkriegsteilnehmer – Hieronymus war zu Kriegsbeginn gerade neun Jahre alt – einer Vereinigung der ehemaligen Kriegsteilnehmer beitrug.

Am Vorabend des 30. Jänner 1927 besuchte Hieronymus Tscharmann wie viele seiner Altersgenossen eine Ballveranstaltung der Sozialdemokraten. Gezeichnet vom Vortag schlief er in der Mühle, bis er am frühen Nachmittag von Familienangehörigen um Hilfe gerufen wurde. Zuvor war es im väterlichen Gasthaus bereits zu einer ersten Kontroverse mit Schutzbündlern gekommen. Als gegen 16.00 Uhr die Schutzbundgruppe erneut das Gasthaus passierte und Drohgebärden äußerte, zog sich Hieronymus mit seinem Bruder Josef,

dem Schwager Johann Pinter und mehreren Frontkämpfern in die elterliche Wohnung zurück. Mit den dort bereitgestellten Schusswaffen wurde straßenseitig auf die vorbeimarschierende Menschengruppe das Feuer eröffnet. Bis heute ist nicht geklärt, wer tatsächlich die tödlichen Schüsse abgab.

Unmittelbar nach der Tat hielten sich die Schützen versteckt.

Beim folgenden Schwurgerichtsprozess wurden Hieronymus Tscharmann und die Mitangeklagten von einer Gruppe von „Staranwälten“ vertreten, unter welchen sich auch der Nazijurist Dr. Walter Riehl befand. Um sich die Rechtsvertretung lei-

sten zu können, musste die Familie mehrere Grundstücke veräußern. Nach dem unerwarteten Freispruch zog es Hieronymus vor, die folgenden Tage in Ungarn zu verbringen. Nach seiner Rückkehr in sein Heimatdorf war er dann weiterhin als Müller tätig.

Als Soldat der Deutschen Wehrmacht geriet er in jugoslawische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1946 entlassen wurde.

Hieronymus Tscharmann vermied jede weitere politische Tätigkeit im Ort. Erst seine Tochter Josefa wurde wieder kommunalpolitisch tätig.

Zeit seines Lebens vermied Hieronymus Tscharmann jegliche Diskussion über die Ereignisse von 1927.

*\* Das Standesamt von Schattendorf vermerkt den Geburtstag am 14.3.1905.*



## **JOHANN PINTER** **(16.4.1901\*–8.5.1985)**

*„Johann Pinter ist am 16. April 1901 in Schattendorf Bezirk Mattersburg im Burgenlande geboren und zuständig, in Schattendorf 190 wohnhaft österr. Staatsbürger, röm.kath.verheiratet, kann lesen und schreiben, besitzt kein Vermögen hat für seine Gattin Maria und 1 Kind im Alter von 2 1/2 Jahren zu sorgen, Eltern Johann und Barbara Pinter und erscheint ha. nicht vorbestraft auf.“*

(zitiert aus dem Polizeiakt)

Johann Pinter entstammte einer Schattendorfer Bauernfamilie. Er übernahm den elterlichen Hof und führte diesen bis zu seiner Pensionierung. Seine Gattin Maria war die Schwester von Josef und Hieronymus Tscharmann, mit denen er auch freundschaftlich verbunden war. Während seiner Schulzeit litt er besonders unter der durch eine restriktive Magyarisierungspolitik verordneten ungarischen Schulsprache. Ganz in diesem Sinne befürwortete er den Anschluss des Burgenlandes an Österreich. Seine politische Orientierung war also eher Großdeutsch. Infolge dessen stand seine Motivlage bezüglich einer Mitgliedschaft in der Frontkämpfervereinigung jener der Brüder Tscharmann konträr gegenüber. Im Gegensatz zu seinen beiden Schwagern, passionierte Jäger, war Johann im Umgang mit Schusswaffen eher ungeübt.

Nachdem es am besagten 30. Jänner gegen 13.30 Uhr zu ersten Auseinandersetzungen mit Schutzbündlern gekommen war, fand sich auch Johann Pinter im Gasthaus seines Schwiegervaters ein. Bereits zu Mittag desselben Tages waren Gewehre im Wohntrakt des Hauses positioniert worden. Um ca. 16.00 Uhr wurde das Gasthaus Tscharmann ein weiteres Mal Schauplatz von Auseinandersetzungen. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Johann Pinter bereits im Gasthof, bereit den Schutzbündlern entschieden entgegenzutreten. Die in Unterzahl befindlichen Frontkämpfer flüchteten aus der Gaststube und begaben sich, wie vorgesehen, in den Wohntrakt der Tscharmanns. Von hier wurde das

Feuer eröffnet. Johann Pinter wurde dabei erkannt, mehrere Schüsse abgegeben zu haben. Ungeklärt bleibt, ob er einer der Todschützen war.

Johann Pinter hielt sich aus Angst vor der Rache der Schutzbündler versteckt, wurde aber bald gefasst. Die Freundschaft zu Josef Tscharmann war auf Grund der Tatsache, dass dieser ihn bei der ersten Vernehmung schwer belastete, auf eine harte Probe gestellt.

Nach eingehender Untersuchung wurde gegen Johann Pinter und die anderen Beteiligten die Anklage wegen „Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeiten durch boshafte Handlungen und besonders gefährlichen Verhältnissen nach § 87 des Österreichischen Strafgesetzes“ erhoben. Sowohl Johann Pinter als auch seine beiden Schwager bestritten nie, die tödlichen Schüsse abgegeben zu haben, doch gaben sie an, nicht in der Absicht geschossen zu haben, zu töten oder zu verletzen.

Nach dem Freispruch und seiner Rückkehr nach Schattendorf stellte sich für ihn nie die Frage, aus seinem Heimatort wegzuziehen.

Auch in der Familie Pinter wurden die Geschehnisse verdrängt. Von der Beteiligung an den tragischen Ereignissen, die zum Tod zweier Menschen führten, erfuhr Johann Pinters Sohn erst mit 16 Jahren im Zuge einer Wahlveranstaltung. Während sich Johann Pinter allen Fragen seiner Kinder verschloss, war es die Mutter, die diesen vom tragischen Ereignis des 30. Jänner 1927 erzählte.

\* Das Standesamt von Schattendorf vermerkt den Geburtstag am 13.4.1901

## 1 9 2 1

### 09.01.

Konstituierung der „Burgenländischen Landesorganisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ in Wiener Neustadt – Obmann: Johann Fiala

### 25.01.

„Burgenlandgesetz“ – Bundesverfassungsgesetz über die Stellung des Burgenlandes als selbstständiges und gleichberechtigtes Bundesland

### 14.04.

Konstituierung der „Christlichsozialen Landesparteileitung für das Burgenland“ in Wien – Obmann: Rudolf Gruber

## 1 9 2 2

### 01.01.

Das durch die „Ödenburger Volksabstimmung“ verlorene Gebiet wird an Ungarn übergeben

### 02.02.

Konstituierende Sitzung der Landesparteileitung der „Großdeutschen Volkspartei für das Burgenland“ in Sauerbrunn – Obmann: Karl Wollinger, Dr. Alfred Walheim

### 18.06.

Im Burgenland werden die ersten Wahlen für den Landtag und zugleich für den Nationalrat durchgeführt

### 15.07.

Konstituierende Sitzung des Burgenländischen Landtages in der ehemaligen Militäroberrealschule in Eisenstadt

### 19.07.

Wahl der ersten Burgenländischen Landesregierung – Landeshauptmann: Dr. Alfred Rausnitz

## 1 9 2 3

### 25.03.

1. Gemeinderatswahlen im Burgenland

### 12.07.

Gesetz über die Einführung der 8jährigen Schulpflicht im Burgenland

### 14.07.

Demission von Landeshauptmann Rausnitz – Dr. Alfred Walheim wird zum neuen Landeshauptmann gewählt

### 21.10.

Nationalrats- und Landtagswahlen im Burgenland

### 13.11.

Beginn der II. Wahlperiode (= Legislaturperiode) des Burgenländischen Landtages

## 1 9 2 4

### 04.01.

Neuwahl der Burgenländischen Landesregierung – Landeshauptmann: Josef Rauhofer

### 29.04.

Gemeindeordnung für alle burgenländischen Gemeinden mit Ausnahme der Freistädte Eisenstadt und Rust

### 19.07.

Eröffnung der Burgenländischen Arbeiterkammer

### 30.07.

Eröffnung der Burgenländischen Handelskammer

## 1 9 2 5

**13.03.**

Eröffnung der Burgenländischen Landwirtschaftskammer

**30.04.**

Eisenstadt ist Landeshauptstadt – Eisenstadt wird vom Landtag mit 20 gegen 9 Stimmen zum Sitz der Landesregierung und zum Tagungsort des Landtages gewählt

**15.05.**

Der Landtagspräsident Oskar Brugnak nimmt die Demission von Landeshauptmann Rauhofer zur Kenntnis; gleichzeitig wird Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig Leser mit der Weiterführung der Aufgaben des Landeshauptmannes betraut („Interregnum Leser“)

**09.06.**

Neuwahl des Landeshauptmannes – Josef Rauhofer

## 1 9 2 6

**15.01.**

Gesetz über die Verfassung des Burgenlandes

**03.11.**

Sozialdemokratisches Parteiprogramm („Linzer Programm“)

**29.11.**

Neufassung des Christlichsozialen Parteiprogramms

**14.12.**

Grundsteinlegung zum Regierungsgebäude in Eisenstadt

## 1 9 2 7

**30.01.**

Schattendorf – Zusammenstoß des Republikanischen Schutzbundes mit der Frontkämpfervereinigung

**02.02.**

Die Begräbnisse der beiden Opfer in Schattendorf und Klingebach werden beeindruckende sozialdemokratische Trauerkundgebungen; in ganz Österreich wird ein 15minütiger Generalstreik abgehalten

**03.02.**

Tumulte bei der Nationalratssitzung

**08.02.**

Landtagssitzung ist befasst mit dem Ereignis Schattendorf

**20.03.**

Gemeinderatswahlen im Burgenland

**24.04.**

Nationalrats- und Landtagswahlen im Burgenland

**20.05.**

Beginn der III. Wahlperiode des Burgenländischen Landtages

**14.07.**

Der „Schattendorfer Prozess“ vor einem Wiener Schwurgericht endet mit dem Freispruch der Angeklagten

**15.07.**

Brand des Justizpalastes. Blutiger Aufstand in Wien

# LITERATURVERZEICHNIS

Allgemeine Landestopographie des Burgenlandes. Der Verwaltungsbezirk Mattersburg, Hg. Amt der Burgenländischen Landesregierung, Eisenstadt 1993

Hans Arthofer, Vom Selbstschutz zur Frontmiliz, 1918–1936, Wien 1936

Ernst Bruckmüller, Sozialgeschichte Österreichs, Wien-München 2001

50 Jahre Burgenland, Burgenländische Forschungen Sonderheft III, Eisenstadt 1971

Charlotte Heidrich, Burgenländische Politik in der Ersten Republik, Bd. 4, Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte, Wien 1982

Norbert Leser, Paul Sailer-Wlasits (Hg.), Als die Republik brannte. Von Schattendorf bis Wien, Wien 2001

Hugo Portisch, Österreich I. Die unterschätzte Republik, Wien 1989

Schattendorf, Seine Geschichte und seine Menschen, Hg. Marktgemeinde Schattendorf, Schattendorf 2003

Fred Sinowatz, Gerald Schlag, Walter Feymann, Aufbruch an der Grenze. Die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im westungarischen Raum bis zum 100-Jahre-Jubiläum der Sozialistischen Partei Österreichs, Wr. Neustadt 1989

Mario Strigl, Vom Legitimus zum Nationalsozialismus. Die Frontkämpfervereinigung in Österreich, Diplomarbeit Institut für Zeitgeschichte, Wien 2000

Felix Tobler, Zur Frühgeschichte der NSDAP im Burgenland, in: Burgenland 1938, Burgenländische Forschungen Bd. 73, Eisenstadt 1989

Um Freiheit und Brot. Geschichte der burgenländischen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945, Hg. AG zur Erforschung und Dokumentation der Geschichte der burgenländischen Arbeiterbewegung, Eisenstadt 1984

Günther M. Unger, Die Christlichsoziale Partei im Burgenland, Burgenländische Forschungen Bd. 49, Eisenstadt 1965

Günther M. Unger, 60 Jahre ÖVP, Familienalbum zur Geschichte der ÖVP im Burgenland, Hornstein 2005

## **Bibliografische Literatur**

Johann Bögl, Burgenland. Ein Bericht zur Zeitgeschichte, Wien 1974

Julius Deutsch, Ein weiter Weg, Zürich-Wien-Leipzig 1960

Oskar Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien 1957

## **Quellenverzeichnis**

Burgenländisches Landesarchiv, Vereinsakte

Burgenländisches Landesarchiv, Erhebungsakt der Gendarmerie „Frontkämpfer und Republikanischer Schutzbund. Zusammenstoß in Schattendorf“ III-317/1927, Konvolut ca. 210 Seiten

Burgenländisches Landesarchiv, Zeitgeschichtliche Sammlung, Polizei – Vereine

Burgenländisches Landesarchiv, Zeitgeschichtliche Sammlung, Parteiarchiv SDAP

Stenographische Protokolle des Burgenländischen Landtages, 1922–1927

Burgenländische Heimat

Burgenländische Freiheit

Arbeiter-Zeitung

**WIR BEDANKEN UNS FÜR DIE  
FREUNDLICHE UNTERSTÜTZUNG  
BEI:**

Dr. Evelyn Fertl, Schattendorf

Erwin Kurz, Schattendorf

Josefa Trimmel-Tscharmann, Schattendorf

## **Impressum:**

### **Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:**

Amt der Burgenländischen Landesregierung, Abteilung 7 – Landesmuseum  
A-7000 Eisenstadt, Museumgasse 1-5  
Direktor w. Hofrat Dr. Josef Tiefenbach

### **Redaktion:**

Dr. Pia Bayer und Dr. Evelyn Fertl

### **Umschlagbild & Layout:**

Kreativgrafik Simone Klemenschits, Dammstraße 10, 7011 Siegendorf

### **Druck:**

Druckzentrum Eisenstadt, Mattersburger Straße 23, 7000 Eisenstadt

ISBN 978-3-85405-162-6

WAB 119, Eisenstadt 2007



*Die Geschehnisse selbst hätten damals auch in einer anderen Gemeinde stattfinden können und ich bin überzeugt, dass die handelnden Personen die politischen Hintergründe gar nicht einschätzen konnten. Es war jedenfalls eine tragische Verstrickung, die den Beginn des Zerfalls der Demokratie in Österreich bedeutete ... Meine Anteilnahme gilt jedenfalls allen Opfern dieser schicksalhaften Zeit.*

Brief von Dr. Fred Snowatz an Josefa Trimmel-Tscharmann